

Inhaltsverzeichnis

1. BlackRock	
2. Friedrich Merz	
3. Bayer	
4. BASF	
5. Allianz	
6. E.ON	
7. Atlantik-Brücke	
8. Bruegel	
9. Bundesverband Alternative Investments	
10. Bundesverband Investment und Asset Management	
11. Eurofi	
12. European Parliamentary Financial Services Forum	
13. BP Europa	

BlackRock

Bleiben Sie auf dem Laufenden. Bestellen Sie jetzt den LobbyControl-Newsletter!

Die Firma **BlackRock** ist der größte Vermögensverwalter und gleichzeitig das einflussreichste Finanzunternehmen der Welt. BlackRock ist bei vielen großen Aktiengesellschaften als Großaktionär vertreten, darunter Bayer, BASF, Allianz und E.ON.^[1]

Damit geht ein hoher direkter und indirekter Lobbyeinfluss einher: Allein 2022 gab das Unternehmen nach eigenen

Angaben circa 3,5 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus.^[2]

Mitunter bestehen starke Verflechtungen in die Politik, so war etwa der CDU-Politiker Friedrich Merz von 2016 bis Ende März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der BlackRock Asset Management Deutschland AG.^[3]

BlackRock gilt gemeinhin als Schattenbank, da sie nicht den Reglementierungen traditioneller Banken unterliegt und auch eine statistische Erfassung der Transaktionen weitgehend ausbleibt. Als „too big too fail“-Privatunternehmen kann es in Krisenzeiten auf die Unterstützung von Staaten vertrauen. Darüber hinaus bemängeln Kritiker:innen die undurchsichtige Eigentümerstrukturen und zweifelhafte Investitionsmodelle (etwa in fossile Energien).

BlackRock, Inc.

Branche Finanzen

Hauptsitz New York, In Deutschland:

1. Bockenheimer Landstrasse 2-4,
OpernTurm Complex, 60306
Frankfurt/M

2. Lenbachplatz 1, 80333 München

Lobbybüro

Deutschland

Lobbybüro 35 Square de Meeus, Brussels
EU 1000

Webadresse blackrock.com

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Geschichte	3
2 Organisationsstruktur und Personal	3
2.1 Undurchsichtige Eigentümerstrukturen	3
2.2 Wichtige Personen	4
2.3 Weltweit vertretener Großaktionär	4
3 Lobbystrategien und Einfluss	4
3.1 EU-Lobbying	4
3.2 Lobbyaktivitäten in Deutschland	5
3.3 Lobbyausgaben in den USA	5
4 Mitgliedschaften	5
5 Fallbeispiele und Kritik	6
5.1 BlackRock als fossiler Finanzdienstleister	6
5.2 Aktivitäten zur Privatisierung der Pensionen in Europa	6
5.3 Beratung des EU-Finanzsektors	7

5.4 Lobbying gegen die Einstufung als „systemically important financial institutions“	7
5.5 Benoit Coeure Skandal	7
6 Weitere Informationen	8
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
8 Einzelnachweise	8

Geschichte

CEO Larry Fink gründete den Vermögensverwalter BlackRock 1988 mit acht Mitarbeitern als Tochter von Blackstone. 1992 wurde der Name BlackRock angenommen, das verwaltete Kapital lag zu diesem Zeitpunkt bereits bei 17 Milliarden, 1994 sogar bei 53 Milliarden Dollar.

- 1995 übernahm PNC Financial die Firma, heute liegt ihr Aktienanteil bei 21,3%.
- 1999 lag das verwaltete Kapital bei 165 Milliarden Dollar; 2004 waren es bereits 342 Milliarden Dollar.
- 2006 übernahm/fusionierte BlackRock mit Merrill Lynch Investment Managers (MLIF)
- 2009 übernahm BlackRock zudem Barclays Sparte „Barclays Global Investors“ (BGI) mit iShares, BlackRocks Version von ETFs, Investmentfonds, die ganze Aktienindexe nachbilden. ^[4]
- 2018 BlackRock führt sein erstes KI-Labor in Palo Alto ein, um den Einsatz künstlicher Intelligenz und verwandter Disziplinen - maschinelles Lernen, Datenwissenschaft, Verarbeitung natürlicher Sprache - zu beschleunigen, um die Ergebnisse zu verbessern und den Fortschritt für Investoren, Kunden und das Unternehmen voranzutreiben.
- 2019 hat BlackRock die BlackRock Retirement Solutions Group ins Leben gerufen. ^[5]

Inzwischen ist BlackRock mit 78 Standorten in über 30 Ländern der größte Vermögensverwalter der Welt, 35 davon in Nordamerika und 23 in Europa, die deutschen Standorte sind Frankfurt und München, ein weiterer wichtiger Standort für Lobbyarbeit ist Brüssel. ^{[6][7]} BlackRock beriet laut eigener Angaben bereits die griechische und irische Zentralbank, die Federal Reserve Bank of New York, das britische Finanzministerium und UBS, ist jedoch in Kontakt mit weitaus mehr Finanzinstituten wie der EZB oder der Deutschen Bank, bei der BlackRock gleichzeitig Großaktionär ist. ^{[8][9]} Größte Konkurrenten in ihrer Sparte sind Vanguard und State Street. Zum Abschluss des Jahres 2022 betrug das verwaltete Vermögen 8,6 Billionen Dollar. ^[10]

Organisationsstruktur und Personal

Undurchsichtige Eigentümerstrukturen

Laut Angaben der NASDAQ besteht die börsennotierte BlackRock AG zu 86 Prozent aus institutionellen Beteiligungen, größter Anteilseigner ist PNC mit ca. 25% aller institutionell gehaltenen Aktien, dies entspricht 21,3 % aller Anteile. ^[11] Die PNC Financial Services Group selbst ist auch börsennotiert, BlackRock, Vanguard, Wellington und State Street wiederum gehören zu den größten Aktionären. ^[12] Während PNC also in Abstimmungen großen Einfluss auf BlackRock ausüben könnte, unterliegt sie in ihren Leitlinien ebenfalls dem Stimmverhalten der Aktionäre, sodass BlackRock sich wiederum bei PNC, für die aus ihrer Sicht relevanten Themen, einsetzen kann. Dies lässt darauf schließen, dass sich die Eigentumsstrukturen von BlackRock im Kreis drehen. So kontrollieren sich die Vermögensverwaltungen selbst bzw. unterliegen keiner Kontrolle.

Wichtige Personen

- Chairman und CEO: Laurence „Larry“ Fink ^[13]
- Amin Nasser, Chef des weltweit größten Ölkonzerns Saudi Aramco, ist designiertes Mitglied des Verwaltungsrats von BlackRock ^[14]
- [Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU, war von März 2016 bis März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der *BlackRock Asset Management Deutschland AG* ^{[15][16]}

Weltweit vertretener Großaktionär

BlackRock ist an allen deutschen DAX-Unternehmen als Großaktionär beteiligt, bei acht der 30 topgesetzten Unternehmen ist es sogar größter Anteilseigner, dazu gehören zum Beispiel [Bayer](#), [BASF](#), [Allianz](#) und [E.ON](#). Der Gesamtwert dieser Anteile entspricht 59 Milliarden Euro. ^[17] Laut einer Studie der Universität von Amsterdam sind von den insgesamt 3900 in den USA börsennotierten Firmen BlackRock, Vanguard und State Street zusammengezählt bei 1662 Firmen größte Anteilseigner. Dies entspricht einem Marktkapital von über 17 Billionen Dollar, mehr als 23,5 Millionen Arbeitsplätze hängen an diesen Firmen. Die drei großen Firmen sind bei 438 von 500 Unternehmen des S&P 500 Index, der die größten 500 Firmen der USA umfasst, größte Anteilseigner. Diese Firmen machen etwa 82% des gesamten Marktkapitals dieses Indexes aus. ^[18]

Lobbystrategien und Einfluss

EU-Lobbying

Laut [EU-Transparenzregister](#) lagen die Ausgaben BlackRocks für EU-Lobbying für das Jahr 2022 zwischen 800 Tsd. und 899 Tsd. Euro; Anfang 2022 wurden 12 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 2,7) beschäftigt.

Rechtlich verantwortlich für die Brüsseler Repräsentanz ist Stephen Cohen, Leiter der BlackRock-Region Europa, Mittlerer Osten und Afrika (EMEA).

Mit 40 dokumentierten Treffen mit der EU-Kommission (zwischen 12/2014 und 06/2023) ist BlackRock ist eines der Unternehmen mit den meisten Kontakten mit EU-Vertretungen. Die Gespräche drehten sich dabei vor allem um Finanzfragen. 2022 trafen sich Lobbyist:innen innerhalb von 3 Monaten zwei Mal mit dem Generaldirektor Gerassimos Thomas, der für die Besteuerung und Zollunionen zuständig ist und tauschten sich mit ihm zur Besteuerung von Banken und Finanzunternehmen aus. ^[19]

2016 fanden allein 5 von 9 Treffen mit einem Teammitglied des Finanzkommissars oder Dombrovskis selbst statt, ein weiterer wichtiger Ansprechpartner war hier Jan Ceysens, der speziell für die Verhältnisse zur EZB und anderen Banken verantwortlich ist. ^[20] 2015 berichtete die Financial Times, BlackRock sei das Unternehmen mit den meisten Treffen (5) mit dem Team des Finanzkommissars gewesen. ^[21] Die Public-Affairs-Agentur Fleishman-Hillard gibt zudem an, Zahlungen von BlackRock zu erhalten. Die Repräsentationskosten von Fleishman-Hillard lagen laut EU-Transparenzregister im Jahr 2022 zwischen 200 Tsd. und 299 Tsd. Euro.

Von 2017-2021 war der britische Ex-Finanz- und Wirtschaftsminister George Osborne ein wichtiger Berater von BlackRock, der für diesen Job jährlich 750.000 Euro erhielt. In dieser Zeit war Osborne auch Chefredakteur der größten Londoner Tageszeitung, des London Evening Standard. ^[22]

Lobbyaktivitäten in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt BlackRock Asset Management Deutschland AG an, im Jahr 2022 zwischen 590.001 und 600.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen, direkt an der Interessenvertretung sind 5 Personen beteiligt, wobei die ehem. EU-BlackRock-Lobbyistin Joanna Cound Cheflobbyistin ist. ^[23]

Der CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) war von 2016 bis Ende März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der BlackRock Asset Management Deutschland AG. Mit Merz hatte BlackRock einen extrem weit vernetzten früheren CDU-Spitzenpolitiker in seinen Reihen, der lange Zeit Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) war. ^[24]

Nachfolger von Merz als Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Deutschland wurde der selbständige Vermögensberater Michael Rüdiger, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Börse, zuvor Vorstandsvorsitzender der DekaBank Deutsche Girozentrale und Gremienmitglied mehrerer Banken und banknaher Organisationen. ^[25]

Lobbyausgaben in den USA

Für das Jahr 2022 gab BlackRock in den USA an 3,5 Millionen US-Dollar für Lobbyaktivitäten auszugeben, diese stiegen gegenüber 2021 um 1,5 Mio. US-Dollar. BlackRock Inc. beschäftigt laut US-Transparenzregister 23 Lobbyist:innen, wobei alleine 21 Personen zuvor im US-Kongress oder bei Kongressabgeordneten gearbeitet haben. ^[26]

Mitgliedschaften

BlackRock ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorgung](#) (ABA)
- Assogestioni
- Association Francaise de la Gestion financiere (AFG)
- Alternative Investment Management Association (AIMA)
- The Association for Financial Markets in Europe (Afme)
- Association of Luxembourg Funds Industry (ALFI)
- [Bruegel](#)
- [Bundesverband Alternative Investments](#) (BAI)
- [Bundesverband Investment und Asset Management](#) (BVI)
- The Dutch Fund and Asset Management Association (Dufas)
- [Deutsches Aktien Institut](#) (DAI)
- Eumedion
- [Eurofi](#)
- [European Capital Markets Institute](#) (ECMI)
- European Corporate Governance Institute (ECGI)
- European Fund and Asset Management Association (EFAMA)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#)
- Forum VuV - Verband unabhängiger Vermögensverwalter
- Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.
- ICI Global

- Institutional Money Market Funds Association (IMMFA)
- International Swaps and Derivatives Association (ISDA)
- The Investment Association (IA)
- Irish Funds
- The International Capital Markets Association (ICMA)
- Pensions Europe

Quelle: EU-Transparenzregister, deutsches Lobbyregister und Webseiten der Organisationen (Stand: 07 /2023)

Fallbeispiele und Kritik

BlackRock als fossiler Finanzdienstleister

2020 verfasste BlackRock-CEO Larry Fink einen [Brief an alle CEOs](#) der Firmen, in die BlackRock investiert - 'Climate Risk is Investment Risk' (dt. Klimarisiko ist ein Investitionsrisiko) hies es darin. Man wolle Nachhaltigkeit als Investitionsstandard festlegen.^[27]

2019 deckten Recherchen noch auf, das BlackRock gegen Klimabeschlüsse einiger Energiekonzerne stimmte. Und auch mit dem Brief Finks ändert sich nicht viel. Zwar wolle man sich bis 2025 von Investitionen in Kohleunternehmen verabschieden, jedoch gilt der Beschluss nur für Investitionen in Kohleabbau, nicht in die Kohleverbrennung. So bleibt der deutsche Kohlekonzern RWE trotz massiven Kohleabbau weiter Kunde BlackRocks, denn er verbrennt seine eigene Kohle direkt im konzerneigenen Kraftwerk. Außerdem konnte BlackRock durch die Regelung weiter größter Investor in Kohlekraftwerkentwickler bleiben, finanziert Öl- und Gaskonzerne. Portfolios der Anlagefonds bezeichnen sich zwar als nachhaltig, listen jedoch RWE. 2022 versicherte BlackRock auf Anfrage, auch weiterhin in fossile Energien zu investieren, eine Beendigung von Investitionen in Öl, Gas und Kohle sei nicht notwendig für die Vorhaben gegen den Klimawandel.^[28] Auch 2023 investierte BlackRock weiterhin in Konzerne wie [ExxonMobile](#), [BP](#) und [Aramco](#), die ihre Abbaukontingente in Öl, Gas und Kohle noch ausweiten wollen.^[29] Die NGO Urgewald bezeichnet die Strategie BlackRocks daher als Greenwashing.^[30]

2020 wurde BlackRock zudem offizieller Berater für Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen der Sustainable Finance-Strategie der Europäischen Union und erhielt so direkten Zugang zur EU-Gesetzgebung.^[31] Die Bürgerbewegung Finanzwende hält diesen Schritt für hochproblematisch, weil BlackRock ein Geschäftsinteresse daran habe, die Sustainable Finance-Strategie zu verwässern.

Im Juli 2023 wurde der CEO des saudi-arabischen Erdöl-Konzerns Aramco, Amin Nasser in den Verwaltungsrat BlackRocks berufen. Larry Fink begründete die Entscheidung mit einem Fokus auf Investitionen im Nahen Osten. Gleichzeitig reagiere er damit auf Kritik der Republikaner in den USA. Die neue 'nachhaltige' Ausrichtung BlackRocks stieß dort zunehmend auf Kritik, sodass einige Pensionsfonds in republikanisch geführten Bundesstaaten ihr Geld von BlackRock abzogen. Durch die Entscheidung wolle man Ausgeglichenheit signalisieren.^[32]

Aktivitäten zur Privatisierung der Pensionen in Europa

Paulo Pena und Harald Schumann berichten in „Der Freitag“ ausführlich über die erfolgreichen Bemühungen von BlackRock, ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt („Pan-European Personal Pension“, abgekürzt „PEPP“) einzuführen, das keine gesetzliche Garantie auf das angesparte Kapital enthält.^[33] Die in

Deutschland übliche Garantie soll entfallen. Vorgesehen sei lediglich ein „Qualitätssiegel“, mit dem die Finanzkonzerne in allen EU-Staaten gleichzeitig ihre Fonds als Altersvorsorge vermarkten können. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Lobbyaktivitäten des ehemaligen britischen Finanzministers George Osborne bei der EU-Kommission, der schon als Minister enge Kontakte zu BlackRock unterhielt und seit Februar 2017 offiziell als Lobbyist für den Konzern tätig ist.

Beratung des EU-Finanzsektors

Die Beratungsfirma BlackRock Solutions, Tochter der BlackRock Vermögensverwaltung wurde 2011 von der irischen Zentralbank beauftragt, Verlustrisiken zu prognostizieren und einen Stress-Test durchzuführen, kurz zuvor wurde das Bankensystem Irlands mit 85 Milliarden Euro gerettet. Hierfür erhielt das Unternehmen 30 Millionen Euro, für einen ähnlichen Job für die Bank Griechenlands erhielt die Firma 12,3 Millionen Euro. Auch für die zypriotische Bank arbeitete BlackRock Solutions an einer Evaluierung zu den

Rekapitalisierungsbedürfnissen des zypriotischen Bankensektors.^[34] Bedeutsam für die Investment-Strategien BlackRocks war auch der Auftrag für die EZB, ihre Beratung für eins der größten anvisierten „quantitative Lockerung“-Programme zur Verfügung zu stellen, und das als größter Vermögensverwalter der Welt.^[35] Neben den lukrativen Aufträgen schien für BlackRock vor allem die dadurch gewonnenen Informationen von großem Wert, die so in Kalkulationen und Planungen zu Anlagestrategien eingingen. Martin Hellwig, ehem. Vorsitzender der Monopolkommission und Leiter des Max-Planck-Instituts für Gemeinschaftsgüter, hält es für grundsätzlich falsch, dass einem privaten Unternehmen eine hoheitliche Aufgabe anvertraut wird.^[36]

Lobbying gegen die Einstufung als „systemically important financial institutions“

In den USA gibt es zur Regulierung des Schatten-Banken-Sektors bereits das Vorhaben, große Vermögensverwalter wie BlackRock als "systemrelevant für das Finanzsystem" einzustufen. Die Konzerne wären dann mit einer Art Gefahrenaufkleber versehen und besonderer Aufsicht unterworfen. BlackRock hat intensiv Lobbyismus betrieben, um einen solchen Gesetzentwurf zu stoppen. Neben den eigenen Lobbyisten beauftragte BlackRock zu diesem Zwecke auch die Lobbyagentur „Rich Feuer Anderson“, die dafür im Jahr 2016 320.000 Dollar erhielt.^[37] Mit Erfolg: Das Vorhaben wurde bislang nicht durchgesetzt. BlackRock rechtfertigte sich gegenüber der ZEIT, „um eine Systemkrise zu verhindern, sei ein Regulierungsansatz, der sich auf einzelne Anlageprodukte beziehe, besser geeignet als die Regulierung einzelner Unternehmen“..^[38]

Benoit Coeure Skandal

Der Franzose Benoit Coeure, seit 2011 Mitglied des Direktoriums der EZB, sprach im Mai 2015 auf einer Versammlung von Bankern, Hedge Fond Managern und Vermögensverwaltern und gab dabei Insiderinformationen zu möglichen Anleihekäufen der EZB preis. Da die Veranstaltung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, hatten die anwesenden Manager erhebliche Vorteile und nutzten diese auch in ihren Investmentplanungen, wodurch der Wert des Euros sank und am Tag der medialen Publikation der Ereignisse noch einmal stark fiel.^[39] Für Coeure selbst gab es keine Konsequenzen, er behielt seinen Job bei der EZB, die selbst behauptete, dass ein Verfahrensfehler zur Veröffentlichung dieser Informationen geführt habe. In diesem Zusammenhang wurde auch bekannt, dass es bereits mehrere Treffen mit Vertretern großer Banken wie BNP Paribas, UBS, Goldman Sachs und auch BlackRock in Räumlichkeiten der EZB gab, kurz bevor wichtige Entscheidungen in der EZB gefällt wurden.^[40]

Weitere Informationen

- [Deutsche Bank, Blackrock und Co: Machtkonzentration in der Finanzwirtschaft](#) Podcast von LobbyControl vom 27.06.2023, soundcloud.com
- [Die Marktmacht von Black Rock - Finanzwende 08.06.2021](#)
- [BlackRocks Abstimmungsverhalten in der Rolle als Aktionär](#)
- [BlackRock goes green?- Facing Finance 05/2020](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [So viele Anteile hält BlackRock an deutschen Firmen](#), welt.de, abgerufen am 17.04.2020
2. ↑ [Client Profile: Black Rock Inc](#), opensecrets.org, abgerufen am 28.07.23
3. ↑ [Ehemaliger CDU-Spitzenmann Merz geht zu Blackrock](#), FAZ.net vom 17.03.2016, abgerufen am 17.04.2020
4. ↑ [BlackRock.com vom 16.04.2020](#), abgerufen am 17.04.2020 <https://www.blackrock.com/corporate/about-us/blackrock-history>
5. ↑ [BlackRock.com vom 16.04.2020](#), abgerufen am 17.04.2020 <https://www.blackrock.com/corporate/about-us/blackrock-history>
6. ↑ [BlackRock: Global Impact](#), BlackRock.com vom 31.03.2015, abgerufen am 17.04.2020
7. ↑ [BlackRock: Contacts and Locations](#), BlackRock.com vom 31.12.2016, abgerufen am 29.04.2020
8. ↑ [BlackRock: Global Impact](#), BlackRock.com vom 31.03.2015, abgerufen am 17.04.2020
9. ↑ [BlackRock: Überall die Finger drin](#), Süddeutsche.de vom 02.03.2016, abgerufen am 17.04.2020
10. ↑ [BlackRock - Verwaltetes Vermögen bis 2022](#), de.statista.com April 2023, abgerufen am 28.07.23
11. ↑ [NASDAQ: BlackRock-Aktionäre](#), Nasdaq.com vom 21.04.2017, kann zur Zeit nicht abgerufen werden, Seite im Umbau, abgerufen am 17.04.2020
12. ↑ [NASDAQ: PNC-Aktionäre](#), Nasdaq.com vom 21.04.2017, kann zur Zeit nicht abgerufen werden, Seite im Umbau, abgerufen am 17.04.2020
13. ↑ [BlackRock: Leadership](#), BlackRock.com vom 17.04.2020, abgerufen am 17.04.2020
14. ↑ [BlackRock auf Kuschelkurs mit Big Oil](#), manager-magazin.de vom 18.07.2023
15. ↑ [Ehemaliger CDU-Spitzenmann Merz geht zu Blackrock](#), FAZ.net vom 17.03.2016, abgerufen am 17.04.2020
16. ↑ <https://www.friedrich-merz.de/persoенliche-erklaerung-zum-aufsichtsratsvorsitz-von-blackrock/>, friedrich-merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 17.04.2020
17. ↑ [So viele Anteile hält BlackRock an deutschen Firmen](#), welt.de, abgerufen am 17.04.2020
18. ↑ [Hidden power of the Big Three? Passive index funds, re-concentration of corporate ownership, and new financial risk](#) SSRN.com vom 23.06.2016, abgerufen am 17.04.2020
19. ↑ [EU-Transparenzregister: Meetings of BlackRock](#), ec.europa.eu vom 30.07.2023, zugegriffen am 3.07.23
20. ↑ https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/dombrovskis_en#team, EU- Website, zuletzt abgerufen am 29.04.2020

21. ↑ [BlackRock steps up lobbying of the European Commission](#), Financial Times.com vom 22.11.2015, abgerufen am 29.04.2020
22. ↑ [Journalisten als Polit-Cheerleader](#), Taz.de vom 30.03.2017, abgerufen am 17.04.2020
23. ↑ [Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de vom 1.6.2023, abgerufen am 28.07.23
24. ↑ [Friedrich Merz wird Kontrollchef](#), N-tv.de vom 18.01.2016, abgerufen am 17.04.2020
25. ↑ [Michael Rüdiger wird neuer BlackRock-Aufsichtsrats-Vorsitzender](#), manager-magazin.de vom 03.06.2020, zugegriffen am 29.07.23
26. ↑ [Client Profile: Black Rock Inc](#), opensecrets.org, abgerufen am 28.07.23
27. ↑ [Blackrocks dürrtige Klimabilanz](#), table.media vom 17.01.2023, zugegriffen am 28.07.23
28. ↑ [Blackrock and Vanguard tell UK inquiry they will not quit fossil fuel investments](#), ft.com vom 18.10.2022, zugegriffen am 28.07.23
29. ↑ [BlackRock goes green?](#), facing-finance.org vom Mai 2020, zugegriffen am 28.07.23
30. ↑ [BlackRock und die Nachhaltigkeit](#), ndr-info.de vom 05.07.2023, zugegriffen am 28.07.23
31. ↑ [Den Bock zum Gärtner](#), finanzwende.de vom 21.04.2020, abgerufen am 29.04.2020
32. ↑ [Blackrock beruft Aramco-CEO in Verwaltungsrat](#), handelsblatt.de vom 18.07.2023, zugegriffen am 28.07.23
33. ↑ [Achtung, Rentenfresser](#), freitag.de Ausgabe 26/2018, abgerufen am 17.04.2020
34. ↑ [Troika consultancies: A multi-million euro business beyond scrutiny](#), EUobserver.com vom 16.12.2013, abgerufen am 17.04.2020
35. ↑ [BlackRock spreads its Tentacles in Brussels](#), Wolfstreet.com vom 28.11.2015, abgerufen am 17.04.2020
36. ↑ [BlackRock prüft Banken, an denen es selbst Anteile besitzt](#), tagesspiegel.de vom 23.05.2018, abgerufen am 17.04.2020
37. ↑ [Specific Issue Reports by BlackRock](#), abgerufen auf Opensecrets.org am 17.04.2020
38. ↑ [Der 4-Brilliariden-Dollar-Mann](#), Zeit.de vom 27.08.2015, abgerufen am 17.04.2020
39. ↑ [Benoît Cœuré speech highlights central bank links to financiers](#), Financial Times.com vom 21.05.2015, abgerufen am 17.04.2020
40. ↑ [ECB officials met bankers before key decisions](#), Financial Times.com vom 02.11.2015, abgerufen am 17.04.2020

Friedrich Merz

Friedrich Merz (* 11. November 1955 in Brilon), Bundesvorsitzender der CDU, Wirtschaftsanwalt und langjähriger Top-Lobbyist, war in einer Vielzahl von Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Interessenverbänden und Netzwerken in leitenden Funktionen aktiv. Er gilt als Finanz- und Wirtschaftsexperte mit wertvollen Kontakten in Politik und Wirtschaft.^[1] So war Merz bis Ende 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[2] und Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT).^[3] Armin Peter, zuletzt Stellv. Pressesprecher des Wirtschaftsrats und Pressesprecher des damaligen Wirtschaftsrats-Vizepräsidenten Merz, ist seit Februar 2022 Stellv. Sprecher der CDU und pers. Pressesprecher von Merz.^{[4][5]} Merz ist weiterhin Mitglied im Gründerkreis der Sektion New York des Wirtschaftsrats der CDU.^[6]

Von 2009 bis 2019 war Merz Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) ^[7] und von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers des Vermögensverwalters [BlackRock](#), für den er Beziehungen zu wichtigen Kund*innen, Behörden und Regierungsstellen in Deutschland vermittelte. ^[8] Weiterhin betätigte er sich bis Ende 2021 als Senior Counsel der Wirtschaftskanzlei Mayer Brown LLP ^[9], die auf ihrer Webseite auch den Tätigkeitsbereich Lobbyismus anbietet. ^[10]

Nach seiner Niederlage bei der Kandidatur als Nachfolger für Angela Merkel für den Parteivorsitz der CDU im Dezember 2018 wurde er im Januar 2019 als weiteres Mitglied der CDU-Kommission zur sozialen Marktwirtschaft benannt, einem Expertenkreis aus Vertreter*innen der Wirtschaft und Wissenschaft. ^[11] Im Zusammenhang mit einer erneuten Kandidatur für den Parteivorsitz der CDU beendete Merz seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock zum Ende des ersten Quartals 2020. ^{[12][13]} Auf dem CDU-Parteitag 2021 unterlag er in einer digital durchgeführten Stichwahl gegen seinen Konkurrenten Armin Laschet. Auf dem Parteitag am 22. Januar 2022 wurde er mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten zum Vorsitzenden der CDU gewählt. ^[14]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	11
2 Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft	12
2.1 2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten	12
2.2 2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU	12
2.3 2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz	13
2.4 2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher	13
2.5 2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte	13
2.6 2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW	13
2.7 2010: Streit in der Atlantik-Brücke	14
2.8 2010: Position zum Atomausstieg	14
2.9 2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften	14
2.10 2006:	15
3 Verbindungen	15
4 Zitate von Friedrich Merz	15
5 Einzelnachweise	15

Karriere

Partei

- 22.1.2022 Wahl zum Parteivorsitzenden mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten;
- 17.12.2021 Friedrich Merz wird mit 62,2% im ersten Mitgliederentscheid der Partei zum CDU-Vorsitzenden gewählt.
- 2021 Dritte Kandidatur zum Parteivorsitzenden: Merz tritt gegen Norbert Röttgen und Helge Braun an^[15]
- 2021 Armin Laschet holt Friedrich Merz in das Wahlkampfteam der CDU für die Bundestagswahl.^[16]
- 2021 erneute erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Armin Laschet)
- 2018 erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Annegret Kramp-Karrenbauer)
- 2014 Ernennung zum Mitglied der CDU-Parteikommission "Zusammenhang stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten"
- 2002–2004 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (trat 12/2004 von diesem Amt zurück)
- 2000–2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998–2000 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1996–1998 CDU/CSU-Obmann im Finanzausschuss

Staatliche Mandate und Ämter

- Seit 9/2021 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 11/2017–1/2020 *Brexit-Beauftragter* des Landes NRW^{[17][18]}
- 1994–2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1989–1994 Mitglied des EU-Parlaments
- 1985–1986 Richter am Amtsgericht Saarbrücken

(Neben-)Beruflich (siehe auch "Weitere Funktionen")

- 2016–03/2020 Aufsichtsratschef bei [BlackRock](#) Deutschland
- 2009–2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)
- 2014–Ende 2021 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP
- 2005–2014 Partner der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP (später umfirmiert in Mayer Brown LLP)
- 2002–2004 Anwalt in der Kölner Kanzlei Cornelius Bartenbach Haesemann und Partner
- Während seiner Mandatszeit im Bundestag hielt Merz bezahlte Vorträge. z.B. für: [KPMG](#), Management Partner GmbH, Markant AG, Pfeleiderer AG, Piper Verlag GmbH.
- 1990 Eintritt in die Anwaltssozietät Leinen & Derichs
- 1986–1989 tätig im [Verband der Chemischen Industrie](#) in Bonn und Frankfurt
- Seit 1986 Rechtsanwalt

Weitere Funktionen

- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied^[19]
- United Europe, Mitglied des Vorstands

- Gründer der Friedrich und Charlotte Merz Stiftung für Bildung und Ausbildung (gemeinsam mit seiner Frau Charlotte)

(Stand: 01/2022)

Frühere Funktionen

Laut veröffentlichungspflichtigen Angaben als Bundestagsabgeordneter hatte Merz 2009 die folgenden weiteren Funktionen: AXA Konzern (Vorsitzender des Beirats und des Aufsichtsrats), [BASF](#) Antwerpen N.V. (Mitglied des Verwaltungsrats), [Commerzbank](#) (Mitglied des zentralen Beirats), DBV-Winterthur Holding (Mitglied des Aufsichtsrats), Interseerhoh AG (Mitglied des Aufsichtsrats), IVG Immobilien AG (Mitglied des Aufsichtsrats), Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats), WEPA Industrieholding SE (Mitglied des Aufsichtsrats), Council on Public Policy (Mitglied des Kuratoriums), [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) (Stellv. Vorsitzender), Industrie-Pensionsverein IVP (Mitglied des Verwaltungsrats).^[20] Weiterhin war er Gründungsmitglied des 2016 aufgelösten Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der Europäischen Gruppe der [Trilaterale Kommission](#).

Mit seiner Rückkehr in die Politik gab Merz die folgenden Positionen in der Wirtschaft auf: Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (2022), Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (2021), Vorstand des Aufsichtsrats der WEPA Industrieholding SE (2021), Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen Köln/Bonn GmbH (2020), Mitglied des Verwaltungsrats der Stadler Rail AG (2020), Mitglied des Aufsichtsrats von HSCB Trinkhaus & Burkhardt (2019). Außerdem war er Mitglied des "Politischen Beirats" der (von 2004 - 2013 tätigen) "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft

2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten

Im März 2021 kündigt Merz an, keinen "beruflichen Tätigkeiten außerhalb der Politik" nachgehen zu wollen, sollte er erneut in den Bundestag einziehen.^[21] Das bezog er sich aber ausdrücklich nur auf bezahlte Nebentätigkeiten, seine ehrenamtliche Funktion als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats würde er beibehalten.^[22] Ende des Jahres 2021 beendete Merz dennoch seine Tätigkeit als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats.

2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU

Im März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine Studie zum [Wirtschaftsrat der CDU](#), in der auch Friedrich Merz kritisiert wird^[23].

Friedrich Merz war nach der Studie einer der prominentesten und zugleich einflussreichsten Personen im [Wirtschaftsrat der CDU](#) – ein unternehmerischer Lobbyverband, der als besonders starker und einflussreicher Klimaschutzbremsen auffällt. Im Wirtschaftsrat war Merz schon seit den 1990er-Jahren Mitglied, 1999 wurde er ins Präsidium gewählt. 2006 war er an der Gründung der New Yorker Sektion des Wirtschaftsrats beteiligt. Im Januar 2019, kurz nachdem er das erste Rennen um den CDU-Parteivorsitz verloren hatte, wurde Merz schließlich Vizepräsident des Wirtschaftsrats.

Mit Merz' kandidierte erstmals ein Spitzenfunktionär des Verbandes für den CDU-Parteivorsitz. Merz nutzte seine Auftritte bei Veranstaltungen des Wirtschaftsrates für den parteiinternen Wahlkampf zum CDU-Parteivorsitz.

Positionen zur Klimapolitik: Im Zuge seiner Kandidaturen für den Parteivorsitz 2018 und 2020/21 äußerte sich Merz auch zum Thema Umwelt und Klima. Er kritisiert die „steilen Thesen“ der Fridays-for-Future-Aktivist:innen^[24], bezeichnet Greta Thunberg als „krank“^[25] und diffamiert die Protestierenden im Dannenröder Wald als gewalttätige „illegale Besetzerszene“^[26].

2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz

Merz ist seit 2016 Aufsichtsratschef bei Blackrock, dem größten Vermögensverwalter der Welt, der an allen Unternehmen des Deutschen Aktienindex DAX erhebliche Anteile hat. Das Unternehmen teilte mit, Merz solle nicht nur Aufsichtsrat sein, sondern eine "weiter gefasste Beraterrolle einnehmen, in der er die Beziehungen mit wesentlichen Kunden, Regulierern und Regulierungsbehörden in Deutschland für Blackrock fördern wird". Das impliziert einen klaren Lobbyauftrag. Wenige Wochen nachdem Annegret Kamp-Karrenbauer im Frühjahr 2020 auf die Kanzlerkandidatur verzichtete und ihren Rücktritt als Parteivorsitzende bekannt gab, kündigte Merz seine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz an. Im März 2020 legte er seinen Posten im Aufsichtsrat von Blackrock nieder, um sich weiter politisch einzubringen.

2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher

Seit 2006 sitzt Merz im Verwaltungsrat des schweizerischen Zugherstellers Stadler Rail, der am 12. April 2019 an die Börse ging.^[27] Wie alle Mitglieder des Verwaltungsrats hat auch Merz anlässlich des Börsengangs Aktien des Unternehmens erhalten - laut der schweizerischen Zeitung „Blick“ handelt es sich um 150.000 Aktien, deren Wert am 12. April 2019 bei 6,5 Mio. Schweizer Franken (5,7 Mio. Euro) lag.^[28]

2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte

Merz ist seit 2010 Vorsitzender des Verwaltungsrats bei HSCB Trinkaus & Burkhardt.^[29] Von 2010 bis 2019 war er zudem Mitglied des Aufsichtsrats des Bankhauses HSCB Trinkaus & Burkhardt, gegen das die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Cum-Ex-Geschäften ermittelte.^[30] Nach einem Bericht des Handelsblatts geht es um einen Steuerschaden im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.^[31] Die Bank habe aber nach eigenen Angaben den Cum-Ex-Handel nicht als Geschäftsmodell gesehen. Am 06.11.2018 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zu Cum-Ex-Geschäften Räume von Blackrock in München.^[32] Nach Angaben eines Konzernsprechers betreffen die Ermittlungen einen Zeitraum, zu dem Merz noch nicht für BlackRock tätig war. Merz hatte gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt, Aktien-Geschäfte wie Cum-Ex und Cum-Cum dienten letztlich dazu, die Steuerzahler auszunehmen.^[33] Derartige Geschäfte seien vollkommen unmoralisch, unabhängig von der juristischen Bewertung.

2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW

Bei der Ernennung von Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln-Bonn verstieß die Landesregierung gegen ihren eigenen Ethik-Kodex, der vorsieht, dass ein Aufseher im Landesauftrag in der Regel nur zwei Aufsichtsräte führen sollte.^{[34][35]} Merz ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der WEPA Industrieholding SE und war zu diesem Zeitpunkt Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats der HSBC Trink, aus & Burkhardt.

2010: Streit in der Atlantik-Brücke

Im Juni 2009 löste Merz den [EADS](#)-Manager Thomas Enders als Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) ab.^[36] Der Verein gilt als "einer der einflussreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik".^[37]

Im Mai 2010 forderte der Ehrenvorsitzende der Atlantik-Brücke Walter Leisler Kiep Friedrich Merz auf, von seinem Posten als Vorsitzender des Vereins zurück zu treten. In einem Brief an die Mitglieder sorgte sich Kiep laut Presseberichten um die neuerlichen politischen Aktivitäten des Ex-Vizechefs der CDU/CSU-Fraktion, da diese die Atlantik-Brücke "in nicht unerhebliche Konflikte stürzen" könnten.^[38] Der Anlass für Kieps Kritik soll das Buch "Was jetzt zu tun ist" gewesen sein, das Friedrich Merz gemeinsam mit dem früheren SPD-Wirtschaftsminister [Wolfgang Clement](#) geschrieben hat. Die Gegenseite behauptet, dass Merz Sparkurs zur Konsolidierung der Atlantik-Brücke-Financen die Reisekosten des Ehrenvorsitzenden empfindlich beschnitten habe, so dass Kiep mit fadenscheinigen Argumenten zum Gegenangriff geblasen habe.

Merz konnte den Machtkampf gegen Kiep schließlich für sich gewinnen: Nachdem er am 1. Juni 2010 zunächst doch als Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke zurückgetreten war, wurde er am Ende des Monats erneut in den Posten gewählt.^[39] 2019 gibt Merz seinen Vorstandsvorsitz auf.^[40]

2010: Position zum Atomausstieg

Merz war einer der 40 Erstunterzeichner des Aufrufs *Energiepolitischer Apell*, einer Lobby-Initiative gegen den Atomausstieg, die vor einem vollständigen Verzicht auf Kohle- und Kernenergie warnte. Die, von den 4 großen deutschen Energiekonzernen [E.ON](#), [RWE](#), [Vattenfall](#) und [EnBW](#) initiierte Kampagne mahnte, ein vorzeitiger Atomausstieg würde Milliarden vernichten. Der Energiewandel dürfe Energiekonzerne und Unternehmen nicht stärker belasten.^[41]

2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften

Im Jahr 2006 legte März gemeinsam mit 8 weiteren Bundestagsabgeordneten beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Merz, der damals neben seinem Bundestagsmandat elf Nebentätigkeiten ausübte^[42], warnte in Karlsruhe davor, dass eine Offenlegung zu einem „Studienabbrecher-Parlament“ führen würde. „Die Zahl der nicht mehr in einen bürgerlichen Beruf resozialisierbaren Abgeordneten“ nehme zu.^[43]

Am 4. Juli 2007 wies das BVerfG die Klage mit der Begründung zurück, das Grundgesetz gehe von Abgeordneten aus, die unabhängig von Interessengruppen seien. Dabei gehe es nicht zuletzt um Unabhängigkeit von Interessenten, die ihre Sonderinteressen im Parlament mit Anreizen durchzusetzen suchen, die sich an das finanzielle Eigeninteresse von Abgeordneten wenden. Das BVerfG ließ verlauten, dass die Wahrung der Unabhängigkeit der Abgeordneten nach dieser Seite hin ein besonders hohes Gewicht habe, da es hier um die Unabhängigkeit gegenüber Einwirkungen gehe, die nicht durch die Entscheidungen der Wähler vermittelt seien.^[44]

2006:

Im Frühjahr 2006 trat Merz auf der Sitzung der CDU-Landesgruppe NRW offiziell als Anwalt der Ruhrkohle AG auf. Gleichzeitig war er Mitglied des Bundestages und der CDU-Landesgruppe NRW. ([LobbyControl berichtete](#)).^[45]

Merz selbst hat während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter mehrere Nebentätigkeiten für Unternehmen und Interessenorganisationen ausgeübt. Allein im Jahr 2006 saß Merz in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten mehrerer Unternehmen. Recherchen des Manager Magazins zufolge bezog er zusätzlich zu seinem Anwalts-Salärs dafür Nebeneinkünfte von einer Viertelmillion Euro.^[46]

Verbindungen

Friedrich Merz wurde 2005 in die CDU-interne Männer-Seilschaft *Andenpakt* aufgenommen, in der beispielsweise auch der ehemalige hessische Ministerpräsident [Roland Koch](#), Ex-Bundespräsident Christian Wulff und der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung Mitglied waren oder sind.^[47]

Zitate von Friedrich Merz

„Von den ersten 200.000 Anträgen auf Elterngeld kamen neun Prozent von berufstätigen Frauen, 54 Prozent von Hartz-IV-Empfängern. Die haben damit Einkünfte über denen arbeitender Geringverdiener.“

„Kindergärten brauchen wie Schulen und Universitäten eine eigene Kapitalbasis. Da müssen Eltern und Ehemalige eben entsprechend einzahlen, wenn sie die Qualität sichern und erhalten wollen.“

„160 Länder weltweit dürfen sich Sozialstaaten nennen, wir gehören zu den vieren, die lebenslang für Arbeitslosigkeit zahlen“^[48]

Merz kritisierte die „steilen Thesen“ der Fridays-for-Future-Aktivist:innen, bezeichnet Greta Thunberg als „krank“ und diffamiert die Protestierenden im Dannenröder Wald als gewalttätige „illegale Besetzerszene“.

Merz warnt zugleich vor einer Zerstörung der „freiheitlichen Lebensweise“ und „marktwirtschaftlichen Ordnung“ durch mehr Klimaschutz. Er warnt außerdem vor „Verboten, Bevormundungen und staatlichen Vorgaben“ und einem frühzeitigen Ende von Verbrennungsmotoren.

== Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ==

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

- [↑] [Was Friedrich Merz bei Blackrock macht](#), sz.de vom 30.10.2018, abgerufen am 28.04.2020

2. ↑ [Vizepräsident im Wirtschaftsrat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.04.2020
3. ↑ [15. Bundesmittelstandtag](#), mit-bund.de vom 11.12.2021, abgerufen am 23.12.2021
4. ↑ [Armin Peter](#), linkedin.com, abgerufen am 05.04.2022
5. ↑ [Peter ist Pressesprecher des CDU-Vorsitzenden Merz](#), politik-kommunikation vom 28.02.2022, abgerufen am 05.04.2022
6. ↑ [Sektionsvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.07.2023
7. ↑ [Merz Vorsitzender der Atlantik-Brücke](#), atlantik-bruecke.de vom 28.03.2019, archiviert auf archive.org abgerufen am 28.04.2020
8. ↑ [Redner](#), bankenverband.de, vom 6.09.2018, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 14.04.2020
9. ↑ [Friedrich Merz Tätigkeit bei Mayer Brown](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
10. ↑ [Public Policy Regulatory political law](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
11. ↑ [Friedrich Merz wird wieder CDU-Finanzexperte](#), zeit.de vom 10.01.2019, abgerufen am 20.04.2020
12. ↑ [Persönliche Erklärung](#), merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 14.04.2020
13. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsjob auf](#), handelsblatt.com vom 05.02.2020, abgerufen am 24.04.2020
14. ↑ [Friedrich Merz: Da ist er wieder](#), zdf am 22.1.2022, abgerufen am 22.1.2022
15. ↑ [Merz und Röttgen für CDU-Vorsitz nominiert](#), abgerufen am 16.11.2021
16. ↑ [Laschet holt Merz in sein Wahlkampfteam](#) Süddeutsche Zeitung vom 28.04.2021, abgerufen am 29.04.2021
17. ↑ [Regierungsjob für Friedrich Merz](#), sueddeutsche.de vom 07.11.2017, abgerufen am 24.04.2020
18. ↑ <https://www.bild.de/regional/duesseldorf/duesseldorf-aktuell/nrw-land-hat-seit-fast-einem-jahr-keinen-brexit-beauftragten-mehr-74601398.bild.html>
19. ↑ [Mitglieder Politik](#), strukturgesellschaft.de, abgerufen am 13.01.2022
20. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben als Mitglied des Deutschen Bundestags](#), werbarchiv.bundestag.de, Datum der Archivierung: 27.04.2010
21. ↑ [Merz will bei Einzug in den Bundestag keine Nebentätigkeiten ausüben](#) Redaktionsnetzwerk Deutschland, abgerufen am 07.07.2021
22. ↑ <https://mobile.twitter.com/realArminPeter>
23. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU – Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser](#) LobbyControl im März 2021, abgerufen am 08.04.2021
24. ↑ ["Hört auch mal zu zwischendurch"](#) Der Spiegel, 06.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
25. ↑ [„Ex-Unionsfraktionschef Merz kritisiert Merkels Klimapolitik – und Greta Thunberg“](#) Handelsblatt, 25.09.2019, abgerufen am 08.04.2021
26. ↑ ["#MerzMail 16"](#) vom 23.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
27. ↑ [Börsengang von schweizer Unternehmen - Friedrich Merz könnte Millionen scheffeln](#), merkur.de vom 13.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
28. ↑ [Sogar die Mediensprecherin ist jetzt Millionär](#), blick.ch vom 12.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
29. ↑ [Merz Vorsitz des Verwaltungsrats](#), about.hsbc.de, Stand Dezember 2019, abgerufen am 28.04.2020
30. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsposten bei HSBC auf](#), spiegel.de, abgerufen am 28.04.2020
31. ↑ [Die vielen Geschäfte des Herrn Merz](#), handelsblatt.com vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
32. ↑ [Steuerfahnder durchsuchen Büros von BlackRock](#), spiegel.de vom 06.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
33. ↑ [Merz bestreitet Interessenkonflikte](#), sueddeutsche.de vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
34. ↑ [Der Gegenspieler Friedrich Merz](#), general-anzeiger-bonn.de vom 30.10.2018, abgerufen am 09.11.2018
35. ↑ [Lehrmonate einer Landesregierung](#), rp-online.de vom 29.11.2007, abgerufen am 09.11.2018
36. ↑ [Merz wird neuer Chef der Atlantik-Brücke](#), Handelsblatt am 30. Juni 2010, abgerufen am 20.04.2020

37. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlamm Schlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 20. April 2020.
38. ↑ [Merz steht vor dem Rauswurf beim Netzwerk Atlantik-Brücke](#), Zitiert nach Capital vom 18.05.2010, Artikel archiviert auf archive.org am 11.01.2013, abgerufen am 31.10.2018
39. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlamm Schlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 14.04.2020.
40. ↑ [Merz gibt Vorsitz von Atlantik-Brücke auf](#), spiegel.de vom 27.02.2020, abgerufen am 24.04.2020.
41. ↑ [Energiepolitischer Appell: 40 Manager greifen Röttgens Politik an](#) FAZ, 21. August 2010, abgerufen am 14. 04.2020
42. ↑ [Abgeordnete klagen gegen transparente Politiker-Gehälter](#), spiegel.de, 14. April 2020
43. ↑ [Streit um Nebeneinkünfte](#), handelsblatt.de, 14. April 2020
44. ↑ [Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Nr. 73/2007 vom 4. Juli 2007](#)
45. ↑ [Merz tritt als RAG-Anwalt auf](#), KStA.de, 04.04.2006, abgerufen am 14.04.2020
46. ↑ [Die Nebeneinkünfte des Friedrich Merz](#), manager-magazin.de vom 11.07.2007, abgerufen am 20.04.2020
47. ↑ ["Anden-Pakt" nimmt Friedrich Merz auf](#) Spiegel.de vom 03.11.2005, abgerufen am 14.04.2020
48. ↑ [Friedrich Merz lässt es krachen](#) Der Westen vom 22. Juni 2010, abgerufen am 15. September 2010.

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von [Monsanto](#) im Juni 2018 ist Bayer zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2]

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft

Tätigkeitsbereich Chemie- & Pharmabranche

Gründungsdatum 1863

Hauptsitz Leverkusen

Lobbybüro

Lobbybüro 40 Rue Bollard, 1000 Brussels,
EU (+32) 25502112

Webadresse bayer.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	18
1.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	18

1.2 Glyphosate Renewal Group	18
1.3 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	19
1.4 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	19
1.5 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	19
2 Transparenz	20
3 Fallbeispiele und Kritik	20
3.1 2023: Monsanto und die rechtlichen Folgen	20
3.2 2023: EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung	21
3.3 2023: Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	21
3.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	21
3.5 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	22
3.6 2015: Intransparente Hochschulkooperation	22
3.7 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	23
4 Struktur und Geschäftsfelder	23
4.1 Tätigkeitsgebiete	23
5 Kurzdarstellung und Geschichte	23
6 Weiterführende Informationen	24
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
8 Einzelnachweise	24

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[3] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich. Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet. Die Kosten der politischen Verbindungsbüros beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[4] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden. Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben in Deutschland im Jahr 2022 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 6 und ca. 6,5 Mio. Euro.

Glyphosate Renewal Group

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[5] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Dieser wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten sowie der

[Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) vorgelegt. Die ursprüngliche „Glyphosate Task Force 2“ wurde Ende 2019 in „Glyphosate Renewal Group“ umbenannt, um Verwechslungen mit früheren Initiativen auszuschließen. Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[6]

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Das Lobbyregister des Deutschen Bundestages weist im Juni 2023 für das laufende Jahr 2023 die Zusammenarbeit mit folgenden [Lobbyagenturen](#) aus:

- Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH
- [FIPRA](#) International
- [EUTOP](#) Europe GmbH
- Penta (frühere Bezeichnung: Brophy)
- [Edelman](#)
- FGS Global (Europe) GmbH

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) (vfa)
- [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- BIO Deutschland (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- ICC Germany
- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft
- Industrie-Förderung Gesellschaft mbH
- ICC Germany
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- Westwind
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- British Chamber of Commerce in Germany

- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries Association \(EFPIA\)](#)
- [The Association of the European Self-Medication Industry \(AESGP\)](#)
- [CropLife Europe \(CLE\)](#)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- [Euroseeds](#)
- [Cosmetics Europe](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- [Food Supplements Europe](#)
- [MedTech Europe](#)
- [COCIR](#)
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [Businesseurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[7] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[8] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungsk Kooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Fallbeispiele und Kritik

2023: Monsanto und die rechtlichen Folgen

Bayer hat das glyphosathaltige Mittel Roundup im Zuge des 63,5 Milliarden Euro teuren Kaufs von Monsanto übernommen – und damit auch die rechtlichen Risiken.

Wegen der mutmaßlich krebserregenden Wirkung des Herbizids, wurden insgesamt rund 167.000 Klagen eingereicht. Die meisten vorliegenden Klagen legte der Konzern mit einem außergerichtlichen Vergleich bei. Dieser Vergleich kostete Bayer bis zu zehn Milliarden Dollar.^[9], ^[10]

Die Verwendung der giftigen Chemikalie PCP in Lampen an einer Schule in den USA hat 2023 zu einer Schadensersatzklage geführt. Das Unternehmen muss 857 Millionen Dollar zahlen.^[11] Im Geschäftsbericht 2023 heißt es: "Es sind gegenwärtig fünf Klagen von Generalstaatsanwälten anhängig."^[12]

2023: EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung

Nachdem sich die EU-Länder im November 2023 auf keine gemeinsame Position einigen konnten, entschied die EU-Kommission, dass der Einsatz von Glyphosat für weitere zehn Jahre, d.h. bis 2033 erlaubt ist. Künftig ist die Verwendung jedoch an Bedingungen geknüpft:

- Landwirte sollen mindestens 5 m breite Pufferstreifen einhalten.
- Die Menge und die Häufigkeit für den Einsatz des Mittels sollen durch die Staaten beschränkt werden können.^[13]

2023: Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat darf in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es steht eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[14]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[15] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich

wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[16] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[17] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[18]

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur mhoch3.^[19] „In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren.“^[20]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[21] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[22]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[23][24]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[25]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[26][27][28][29][30]}

Struktur und Geschäftsfelder

Tätigkeitsgebiete

- Pharmaceuticals (Arzneimittel und medizinische Produkte)
- Consumer Health (rezeptfreie Arzneimittel, Nahrungsergänzungsmittel, Selbstmedikationsprodukte)
- Crop Science ("maßgeschneiderte Lösungen für Landwirte")

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Bayer AG ist die Holding-Gesellschaft des 1883 gegründeten Unternehmens, das 1925 in der I.G. Farben aufging. 1950 wurde das Unternehmen neu aufgebaut. 2005 wurden im Zuge der Neuorganisation des Bayer-Konzerns die meisten der Chemie- und ca. ein Drittel der Kunststoffaktivitäten ausgegliedert und in den neu gegründeten [Lanxess](#)-Konzern überführt.

2002 erhielt die Bayer AG den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. bekam das Unternehmen den Preis weil Auszubildende einem Drogentest unterzogen werden sollten.^[31]

Weiterführende Informationen

- Rodrigo Santos, Vorstand der Bayer AG für den Geschäftsbereich Crop Science, im Interview mit Journalist:innen der ZEIT: "Muss der Naturschutz warten?" ^[32] Es stellt sich u.a. die Frage, ob die 25% Steigerung des Bayer-Aktien-Kurse seit Beginn des Ukraine-Krieges auf eine prognostizierte Nahrungsmittelknappheit zurückzuführen ist. Verhilft die befürchtete Verknappung, insbesondere bei Weizen und Sonnenblumen-Öl, den "digitalen Lösungen" von Bayer zum schnellen Durchbruch? Das "Carbon-Farming" senkt dann noch den **CO₂** - Fußabdruck der industriell betriebenen Landwirtschaft.
- Die Webseite des Vereins [Coordination gegen BAYER-Gefahren](#) bietet viele Informationen über die Geschäftspolitik des Konzerns.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
4. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
5. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
6. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
7. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
8. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
9. ↑ [bayer-erzielt-einigung-ueber-umgang-mit-kuenftigen-glyphosat-klagen](#) Das Handelsblatt vom 04.02.2021, abgerufen am 11.04.2024
10. ↑ [warum-bayer-auf-einmal-alle-glyphosat-prozesse-gewinnt](#) Das Handelsblatt vom 07.06.2023, abgerufen am 11.04.2024
11. ↑ [bayer-monsanto](#) tagesschau.de vom 19.12.2023, abgerufen am 11.04.2024
12. ↑ [-mit-diesen-rechtsrisiken-kaempft-der-dax-konzern-](#) deraktionär.de vom 05.04.2024, abgerufen am 11.04.2024
13. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#) tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen am 04.12.2023
14. ↑ [hier](#) Europäische Kommission, abgerufen am 28.8.2023
15. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat](#) Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
16. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
17. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020

18. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
19. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
20. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
21. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
22. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
23. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
24. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
25. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
26. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
27. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
28. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
29. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
30. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
31. ↑ [bigbrotherawards.de](#) Preisträger 2002, abgerufen am 09.05.2017
32. ↑ ["Muss der Naturschutz warten?"](#) DIE ZEIT (16/2022), abgerufen am 20.4.2022

BASF

Mit einem Gesamtumsatz von 78,6 Mrd. Euro im Jahr 2021 ist **BASF** das weltweit größte Chemieunternehmen. Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Surface Technologies, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[1]

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[2][3]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[4] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[5] Bei GASCADE Gastransport GmbH, dem deutschen Gasnetzbetreiber, bleibe Wintershall Dea weiter aktiv.

BASF SE



Rechtsform	Societas Europaea (Aktiengesellschaft)
Tätigkeitsbereich	Chemiebranche
Gründungsdatum	1865
Hauptsitz	Ludwigshafen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60, B-1000 Brussels
Webadresse	www.basf.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	26
2 Parteispenden und Sponsoring	26
3 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik	26
4 Mitgliedschaften	27
5 Fallbeispiele und Kritik	27
5.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie	27
5.2 2022: Engagement gegen Gasembargo	27
5.3 2016: Wahlkampffinanzierung USA	27
5.4 2015: Asset-Tausch mit Gazprom	27
5.5 2012: Das Bienensterben	28
5.6 Lobbyisten in Ministerien	28
6 Weiterführende Informationen	28
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
8 Einzelnachweise	28

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, (Stand: 28.02.2022) im Jahr 2021 3.800.001 bis 3.810.00 Euro auszugeben und 18 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[6] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.^[7] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: ^[8]

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: ^[9]

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) und [Businesseurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidentschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. ^[10] Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, ^[11] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde ^[12] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. ^[13] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ^[14] oder auch der Leopoldina. ^[15]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte. ^[16]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft

von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt.^[17] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen.^[18] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag".^[19] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[20]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der [EU-Kommission](#) zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins [\[\[Bundeswirtschaftsministerium\]](#) – und trat im [Europaparlament](#) als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
2. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASF](#), manager-magazin.de vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022

3. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), unternehmensregister.de, abgerufen am 13.04.2022
4. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), stern.de vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), wintershalldea.com, abgerufen am 12.04.2022
6. ↑ [BASF SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022
7. ↑ [BASF SE](#), ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 09.04.2022
8. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
9. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
10. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#), lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
11. ↑ [„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
12. ↑ Ebd.
13. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
14. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
15. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
17. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
18. ↑ Ebd.
19. ↑ Ebd.
20. ↑ Ebd.

Allianz

Die **Allianz** ist ein Versicherungskonzern, der sich weltweit als Finanzdienstleister betätigt. Dachgesellschaft der Allianz Gruppe ist die Allianz SE.

Allianz SE



Branche	Versicherungen und Finanzdienstleistungen
Hauptsitz	Königinstraße 28, 80802 München
Lobbybür	
o	
Deutschla	
nd	
Lobbybür	Allianz SE, European Affairs Office
o EU	Brussels, Avenue des Arts 27, B -

Allianz SE

1040 Bruxelles

Webadres allianz.com
se**Inhaltsverzeichnis**

1 Lobbystrategien und Einfluss	30
1.1 Public Private Partnership (PPP)	30
1.2 Seitenwechsler	30
1.3 Verbandsmitgliedschaften	31
1.4 Lobbyausgaben	31
2 Organisationsstruktur und Personal	32
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	32
4 Einzelnachweise	32

Lobbystrategien und Einfluss

Public Private Partnership (PPP)

Die Allianz hatte einen Vertreter, Mitglied des Vorstands Helga Jung, in der sog. **Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland**. Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (**Public Private Partnership** (PPP)) zu fördern.

Seitenwechsler

Die Allianz setzt bei ihrer Lobbyarbeit vermehrt auf ehemalige Top-Politiker:

- Im November 2014 wurde bekannt, dass der ehemalige britische Labour-Abgeordnete im **EU-Parlament** **Peter Skinner** Lobbyist bei der Allianz SE wird. Skinner war vor allem im **Ausschuss für Wirtschaft und Währung** (ECON) tätig. Dort war er federführend an der europäischen Regulierung des Versicherungswesens beteiligt. Skinner wechselte in die Branche, für die er jahrelang die Rahmenbedingungen mit geschaffen hatte. Gegenüber LobbyControl erklärte die Allianz, mit Skinner sei vereinbart worden, dass er ein Jahr lang keinen Kontakt zur **EU-Kommission** oder dem **EU-Parlament** aufnehmen darf.^[1]
- Der ehemalige Bundesgesundheitsminister **Daniel Bahr** arbeitet seit dem 1. November 2014 als Generalbevollmächtigter für die "Allianz Private Krankenversicherung".^[2] In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung nahm Bahr dazu Stellung.^[3] Zum 1. Januar 2017 ist er in den Vorstand aufgerückt.^[4]
- Bis Januar 2014 war **Birgit Grundmann** Beamtete Staatssekretärin und damit "Amtschefin" im **Bundesjustizministerium**. Sie wurde im September 2014 "Vorstandsbevollmächtigte Politik und Verbände" und damit Cheflobbyistin bei der Allianz Deutschland AG. Ende 2015 hat sie die Allianz wieder verlassen.^[5]

Verbandsmitgliedschaften

Die Allianz ist laut EU-Transparenzregister^[6] Mitglied der folgenden Organisationen:

- [Geneva Association](#) (GA)
- [Insurance Europe](#) (CEA)
- [Pan-European Insurance Forum](#) (PEIF)
- [Chief Financial Officers Forum](#) (CFO-Forum)
- [Chief Risk Officers Foru](#) (CRO-Forum)
- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)
- [Italian Insurance Association](#) (ANIA)
- [European Financial Services Roundtable](#) (EFR)
- [European Fund and Asset Managers Association](#) (EFAMA)
- [Forum of European Fund Managers](#) (FEAM)
- [Eurofi](#)
- [ICI Global](#)

Lobbyausgaben

Laut [EU-Transparenzregister](#) hat die Allianz SE im Geschäftsjahr 2014 zwischen 1,5 und 1,75 Mio. € und 300.000€ für direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben.

In Deutschland gehört die Allianz zu den größten Parteispendern. Seit dem Jahr 2000 spendete der Konzern insgesamt 4.942.683,8 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden aus den Jahren 2010 bis 2019 verteilen sich wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2010	60.001	60.001	60.001	50.001	60.001	290.005
2011	50.001	50.001	50.001	50.001	50.001	250.005
2012	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	150.000
2013	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	150.000
2014	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2015	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2016	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2017	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2018	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2019	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
Summe	350.00	350.00	350.00	280.00	350.00	1.680.01
	2	2	2	2	2	0

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Organisationsstruktur und Personal

- Vorstandsvorsitzender ist seit Mai 2015 [Oliver Bäte](#).^[7]
- Vorsitzender des Aufsichtsrats ist [Helmut Perlet](#).^[8]
- Der **Gemeinsame Beirat der Allianz-Gesellschaften** setzt sich laut Geschäftsbericht 2015^[9] auf folgenden Personen zusammen: Helmut Perlet (Allianz), Kurt Bock ([BASF](#)), Thomas Enders (Airbus Group), Franz Fehrenbach (Bosch), [Rüdiger Grube](#) ([Deutsche Bahn](#)), Herbert Heiner ([Adidas](#)), Jürgen Heraeus (Heraeus Holding), [Dieter Hundt](#) (Allgaier Werke), [Wolfgang Ischinger](#) (Münchner Sicherheitskonferenz), [Hans-Peter Keitel](#) ([BDI](#)), Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf), Thomas Rabe ([Bertelsmann](#)), Norbert Reithofer ([BMW](#)), Harry Roels, Kasper Rorsted (Henkel), Manfred Schneider ([RWE](#)), [Dennis Snower](#) ([Institut für Weltwirtschaft](#)), Peter Terium ([RWE](#)), Heinrich Weiss (SMS Holding), Manfred Wennemer

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Allianz holt Ex-Versicherungsregulierer als Lobbyisten](#) LobbyControl vom 25. November 2014, abgerufen am 25.11.2014
2. ↑ [Pressemeldung des Allianz-Konzerns](#), abgerufen am 29.09.2014
3. ↑ [Sueddeutsche.de: Ex-Gesundheitsminister Bahr wird Allianz-Vorstand](#), abgerufen am 29.09.2014
4. ↑ [Daniel Bahr rückt in den Vorstand auf](#), 15.12.2016, allianzdeutschland.de, abgerufen am 16.06.2017
5. ↑ [Grundmann hat die Allianz verlassen](#) politik&kommunikation vom 25.01.2016, abgerufen am 12.05.2016
6. ↑ [Eintrag der Allianz SE beim EU-Transparenzregister](#), Abgerufen am 11.05.2016
7. ↑ [Vorstand der Allianz](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016
8. ↑ [Aufsichtsrat der Allianz](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016
9. ↑ [Geschäftsbericht 2015](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016

E.ON

E.ON ist Deutschlands größter Energiekonzern. Er ist im Jahr 2000 aus einer Fusion der Mischkonzerne Viag und VEBA entstanden. Der Unternehmenssitz ist Essen. Von allen deutschen Energiekonzernen betrieb E.ON die meisten Atomkraftwerke.^[1] 2014 gab der Konzern bekannt, sein Geschäft mit konventioneller Energieerzeugung abzugeben und sich stattdessen auf erneuerbare Energien zu konzentrieren.^[2] 2022 sind noch drei Atomkraftwerke am deutschen Netz, eines davon gehört E.ON.^[3]

E.ON	
Rechtsform	Aktiengesellschaft (AG)
Tätigkeitsbereich	Energiebranche
Gründungsdatum	16. Juni 2000
Hauptsitz	Brüsseler Platz 1 45131 Essen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60

2019/2020 fand ein Konzernumbau statt. E.ON und RWE vereinbarten, die frühere RWE-Tochter Innogy untereinander aufzuteilen. RWE erhält die erneuerbaren Energien sowohl von Innogy als auch von E.ON. E.ON behält die Sparten Netze und Vertrieb.^{[4][5]}

	E.ON
	1000 Brüssel
Webadresse	eon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsbereiche	33
2 Lobbystrategien und Einfluss	33
3 Kontakte zu Instituten	34
3.1 Forschungsinstitut für Energie	34
3.2 Energiewirtschaftliches Institut (EWI)	34
4 Fallbeispiele und Kritik	34
4.1 Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise	34
4.2 Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen	34
4.3 Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen	35
4.4 Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht	36
4.5 Bildungsinitiative 3maE	37
4.6 Lobbyisten in Ministerien	37
5 Organisationsstruktur und Personal	37
5.1 Der Vorstand	37
5.2 Lobbyisten	37
6 Weiterführende Informationen	37
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
8 Einzelnachweise	38

Geschäftsbereiche

Das Kerngeschäft besteht aus den Geschäftsbereichen Energienetze und Kundenlösungen.

E.ON ist einer der größten europäischen Betreiber von Energienetzen und der größte Verteilnetzbetreiber in Deutschland.^[6] Welche Vorgaben bei Konzessionsverträgen für Strom und Gas in Deutschland zu beachten sind, ist dem [Gemeinsamen Leitfaden von Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur zur Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen und zum Wechsel des Konzessionsnehmers](#) zu entnehmen.

Der Geschäftsbereich Kundenlösungen umfasst die Versorgung der Kunden in Europa (ohne die Türkei) mit Strom, Gas und Wärme und bietet Produkte und Dienstleistungen, u.a. zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieautarkie an.^[7] Das „Energy Infrastructure Solutions“- Geschäft umfasst die Aktivitäten zur Dekarbonisierung von E.ONs Geschäfts- und Industriekunden, wie z.B. Projekte für Quartierslösungen und Fernwärme.

Lobbystrategien und Einfluss

Der Konzern kann auf gute Kontakte zur Politik bauen. Sowohl während der schwarz-gelben Bundesregierung von 2009-2013 als auch während der großen Koalition von 2013-2021 gehörte E.ON-Chef Johannes Teyssen zu den Personen, die sich am häufigsten mit Deutschen Spitzenpolitikern trafen.^{[8][9]}

Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister der EU](#) hat E.ON im Geschäftsjahr 2021 zwischen 1,250,000 - bis 1,499,999 Euro für die Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben und hält 2022 fünf Pässe zum EU-Parlament.^[10] Im deutschen Lobbyregister gibt E.ON an (Stand: 28.02.2022), im Jahr 2021 3.040.001 bis 3.050.000 Euro auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[11]

Kontakte zu Instituten

Forschungsinstitut für Energie

E.ON stiftete für das Forschungsinstitut für Energie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen 40 Millionen Euro und finanziert damit gleich fünf Professuren des Instituts. Einer davon ist [Bruno Thomauske](#), Professor für das Fach "Nuklearer Brennstoffkreislauf". Früher war er bei [Vattenfall](#) - später liefert er entscheidende Gutachten für die Bundesregierung über das Atomendlager Gorleben.^[12]

Energiewirtschaftliches Institut (EWI)

E.ON ist Mitglied des Fördervereins des [EWI](#), der einen wesentlichen Einfluss auf die Struktur und Ausrichtung des EWI hat.^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise

2023 hat das Bundeskartellamt Verfahren wegen des Verdachts überhöhter Fernwärmepreise gegen die sieben folgenden Versorgungsunternehmen eingeleitet: Dalkia GmbH, Hamburg; Danpower Energie Service GmbH, Potsdam; Energie SaarLor Lux AG, Saarbrücken; E.ON Hanse Wärme GmbH, Hamburg; RWE Energiedienstleistungen GmbH, Dortmund (früher: ExxonMobil/Favorit Fernwärme GmbH); Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig; Stadtwerke Rostock AG, Rostock.^[14]

[Seitenwechsel](#) und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen

Walter Hohlefelder und [Gerald Hennenhöfer](#)

In den verschiedenen Debatten um die Zukunft der deutschen Atomkraft war E.ON stets an höchster Stelle beteiligt. Den rot-grünen „Atomausstieg“ verhandelten im Jahr 2000 für E.ON u.a. Walter Hohlefelder und [Gerald Hennenhöfer](#) - zwei Personen, die zuvor hintereinander die Abteilung „Reaktorsicherheit“ im Bundesumweltministerium geleitet hatten. Beide wechselten von der Position als "Deutschlands oberster Atomaufseher"^[15] in führende Posten der Vorgängerkonzerne von E.ON. Auf staatlicher Seite verhandelte Alfred Tacke, der wiederum später in die Energiewirtschaft wechselte (siehe unten). Das Ergebnis war ein Vertrag, der von Hohlefelder und Hennenhöfer federführend mitgeschrieben und von den Bundestagsabgeordneten nur noch abgenickt wurde.^[16]

Hennenhöfer wechselte 2009 unter viel Kritik abermals die Seiten und kehrte in das Umweltministerium unter Norbert Röttgen zurück. Die Deutsche Umwelthilfe sah darin einen Verstoß gegen beamtenrechtliche Vorschriften,^[17] da die Atomaufsicht nun von einem Atomlobbyisten geleitet wurde. Ein SPD-Politiker

äußerte Befürchtungen, dass die Personalie eine "Entscheidung zur ungebremsten Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke" darstelle und die Stromkonzerne nun keine staatlichen Sicherheitsbedenken mehr zu fürchten hätten.^[18] Tatsächlich setzte der ehemalige E.ON-Manager den Weiterbetrieb des Kraftwerks in Grafenrheinfeld durch, obwohl dort Gefahr durch einen Riss an einem Druckbehälter drohte.^[19] Als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeitverlängerung mit den Energiekonzernen aushandelte, war Hennenhöfer ohne das Wissen seines Ministers maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt. Im Ausschuss, der sich mit den Schadensersatzklagen im Zuge des Atomausstiegs beschäftigte, wurde Hennenhöfer vorgeworfen, absichtlich rechtsfehlerhafte Begründungen für die Abschaltung von Atomkraftwerken durchgesetzt zu haben. So ignorierte er einen detaillierten Entwurf und leitete nur eine kurze Begründung an die Bundesländer weiter, auf deren Grundlage die Konzerne später Klagen einreichten.^[20]

Werner Müller und Alfred Tacke

2002 strebte E.ON die Übernahme des größten deutschen Gaskonzerns Ruhrgas AG an. Zunächst hatten Bundeskartellamt und Monopolkommission die Übernahme untersagt – es wurde ein Monopol im Gasgeschäft befürchtet. Doch das Wirtschaftsministerium setzte sich per Ministererlaubnis darüber hinweg. Da Wirtschaftsminister Werner Müller sich für befangen erklärte – er hatte zuvor für die E.ON-Vorgängerin Veba gearbeitet – überließ er seinem Staatssekretär Alfred Tacke die Entscheidung.^[21] Trotz heftiger Kritik wurde die "Ministererlaubnis" daraufhin erteilt. Tacke wechselte kurz nach dem Vorfall zu Gunsten von E.ON in den Vorstand der STEAG, einer Tochter der RAG AG, deren größter Aktionär zum damaligen Zeitpunkt E.ON war. Müller erhielt Mitte 2003 den Vorstandsvorsitz der RAG. Außerdem wurde später bekannt, dass er schon während seiner Amtszeit Rentenbezüge von E.ON erhielt.^[22]

Manfred Overhaus

2004 holte Werner Müller den ehemaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, als Berater für Subventionsfragen zur RAG AG. Über eine Tochtergesellschaft erhält das Unternehmen Milliarden an öffentlichen Hilfen vom Staat. Als Regierungsbeamter hatte sich Overhaus zuvor vehement gegen staatliche Subventionen eingesetzt.^[23]

Joachim Lang

Auch der Cheflobbyist der Berliner E.ON-Repräsentanz, Joachim Lang, kam aus der Politik, als er 2007 zu E.ON wechselte: Er arbeitete 2006/2007 als Referatsleiter im Bundeskanzleramt. Zuvor war er langjähriger Mitarbeiter von Norbert Röttgen, dem damaligen Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion im Bundestag und späteren Umweltminister.^[24]

Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen

Wie die *Tageszeitung* aufdeckte, versuchte E.ON gemeinsam mit anderen Energiekonzernen ab 2008 mit einer massiven Lobbykampagne Stimmung gegen den rot-grünen Atomkonsens zu erzeugen. Das Deutsche Atomforum, ein Zusammenschluss der Betreiber der deutschen Atomkraftwerke RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON, hatte die Lobbyagentur [Deekeling Arndt Advisors](#) beauftragt, bis zur Bundestagswahl 2009 einen Meinungsumschwung für die Atomkraft in Deutschland zu erreichen. Unter dem Slogan "Energieverantwortung für Deutschland" sollte eine Grundstimmung gegen die Begrenzung von Laufzeiten für Atomkraftwerke aufgebaut werden.^{[25][26]}

Die gewählten Strategien beinhalteten unter anderem:

- *Medienoffensive*: Platzierung der Botschaften in den wichtigsten Tageszeitungen; Verhinderung atomkritischer Berichterstattung; Zielgruppengespräche mit und Presseereisen für Journalisten
- *Expertenmeinungen*: Pro-Kernkraft-Thesen sollten in Interviews von meinungsstarken Dritt-Akteuren vertreten werden. Der Historiker Arnulf Baring dozierte bei einer Atomveranstaltung als scheinbar

unparteiischer Gastredner - obwohl er von DAD beauftragt und die Rede inhaltlich von der Agentur vorbereitet wurde. Sein Vortrag wurde anschließend in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* platziert. Weiterhin wurde versucht, auf Informationsveranstaltungen Einfluss auf Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und religiösen Gemeinschaften zu nehmen.

- *Studien*: Joachim Schwalbach, Ökonomie-Professor der Berliner Humboldt-Universität, wurde mit der Studie "Gesellschaftsrendite der Kernenergie" im Umfang von 135.000 € beauftragt. Diese sollte vor der Bundestagswahl öffentlichkeitswirksam in den Medien platziert werden. Laut Aussage Schwalbachs wurde diese jedoch nie veröffentlicht, da er "nicht bereit war, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben."^[27]

- *Erschließung neuer Zielgruppen*: Besonders Frauen und die "Junge Avantgarde" sollten durch die Kampagne angesprochen werden. So wurde die Organisation *Women in Nuclear* unterstützt, vergeblich versucht, Anzeigen in Frauenzeitschriften zu platzieren und eine "Verjüngung" und "Modernisierung" der Debatte um Atomkraft angestrebt.

Im Sommer 2010 erhöhte die Lobby den Druck auf die Bundesregierung mit der Anzeigenkampagne "Energiepolitischer Appell".^[28] Unter Leitung des BDI unterschrieben zahlreiche Wirtschaftsführer, wie etwa E.ON-Chef Johannes Teyssen, einen Appell, der die Koalition aus Union und FDP von der Notwendigkeit der Atomenergie überzeugen sollte. Wegen der geplanten Einführung einer Brennelementesteuer drohten die Energiekonzerne sogar mit einer sofortigen Abschaltung der Kernreaktoren.^[29]

Ende 2010 beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung schließlich die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Die Verhandlungen wurden als undemokratisch kritisiert, da sie im Geheimen und nur mit den Vertretern der vier großen Energiekonzerne stattfanden.^[30] Erst nach massivem Druck bekam die Öffentlichkeit das Ergebnis der Absprachen zu sehen. Erst dann wurde sichtbar, dass der Vertrag die Interessen der Atomkonzerne weitreichend schützte.^[31] Die Bewertung der Vor- und Nachteile längerer Atomlaufzeiten stützte sich auf eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie. Diese wurde von Marc Oliver Bettzüge durchgeführt, Inhaber einer Stiftungsprofessur an der Universität Köln. Finanziert wird seine Professur durch einen Verband der deutschen Energiekonzerne, dessen Vizepräsident, E.ON-Chef Johannes Teyssen, sich für längere Kernkraftlaufzeiten eingesetzt hatte.^[32]

Der massive Lobbyeinsatz zahlte sich am Ende für E.ON nicht aus. Die Atomkatastrophe von Fukushima und der nachfolgende öffentliche Druck führten im Sommer 2011 zum Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung. Mehrere Klagen der Atomkonzerne waren die Folge. E.ON-Chef Johannes Teyssen und RWE-Chef Peter Terium schlugen im Februar 2014 vor, die Atomkraftwerke gleich einer "Bad Bank" in eine öffentliche Stiftung zu überführen.^[33] Kritiker befürchten, dass nach diesem Modell, das Werner Müller im Mai 2015 noch einmal zur Diskussion brachte,^[34] am Ende die Steuerzahler für die "Ewigkeitskosten" haften.

Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht

Im August 2015 verklagte E.ON das Königreich Spanien vor einem privaten Schiedsgericht.^[35] Die Eurokrise hatte Spanien zu massiven Haushaltseinsparungen gezwungen, infolge derer 2011 die Subventionen für Ökostrom gesenkt werden mussten. Obwohl sich E.ON bereits zuvor aus Spanien zurückgezogen hatte,^[36] sah sich der Konzern im Recht, Schadensersatz für die veränderten Investitionsrahmenbedingungen zu verlangen. LobbyControl kritisiert dieses Vorgehen, besonders vor dem Hintergrund einer möglichen Implementierung privater Schiedsgerichtsverfahren im geplanten TTIP-Abkommen.

Bildungsinitiative 3maE

[Lobbyismus an Schulen](#) zählt zu den Lobbystrategien zahlreicher Unternehmen und Verbände. Die [Westenergie AG](#), ein vollständiges Tochterunternehmen von E.ON, betreibt daher die Bildungsinitiative 3maE („entdecken, erforschen und erleben“), welche unter dem Motto "Bildung mit Energie" allgemeine Informationen zum Thema Energie sowie Karriereoptionen im Energiebereich präsentiert.^[37] Dabei richtet sich die Bildungsinitiative an verschiedene Altersgruppen: Mit Spielen, Experimenten, Videos, Exkursionen und Lernmaterial adressiert 3maE explizit Kinder; die Initiative gibt an, Kindergärten, Kitas und Schulen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.^[38] Zugleich werden mit Informationen zu Berufseinstieg, dualen Studium und Ausbildung bei der Tochterfirma [Westnetz](#) auch Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick genommen.^[39]

Lobbyisten in Ministerien

- [Lobbyist im Auswärtigen Amt](#)

→ zur Übersicht [Lobbyisten in Ministerien](#)

Organisationsstruktur und Personal

Die Holding des Konzerns ist die E.ON SE (die E.ON AG ist am 15. November 2012 in die E.ON SE umgewandelt worden)

Der Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Leonhard Birnbaum (CEO), Vizepräsident im Präsidium des [Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW) und Vizepräsident der Vereinigung der europäischen Elektrizitätswirtschaft (Eurelectric) sowie stellvertretender Vorsitzender des World Energy Council, Mitglied des Aufsichtsrats der Nord Stream AG
- Thomas König (Chief Operating Officer - Networks), verantwortet den Geschäftsbereich Energienetze

Lobbyisten

- Cheflobbyist ist Alexander Stechert-Mayerhöfer, Senior Vice President Public Affairs & Communications bei der innogy se (E.ON Group)
- Leiterin des Brüsseler Büros (Head of EU Representative Office) ist Susanne Rempel

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Hintergrund: Die vier AKW-Betreiber in Deutschland](#) diepresse vom 30.05.2011, abgerufen am 13.10.2022
2. ↑ [Eon gibt Atomenergie, Kohle und Gas auf](#) Süddeutsche Zeitung vom 01.12.2014, abgerufen am 13.10.2022
3. ↑ [Atomkraftwerke in Deutschland](#)bmuv.de, vom 03.01.2022, abgerufen am 13.10.2022.
4. ↑ [EON im Fokus: Ein Übergangsjahr für Deutschlands größten Stromversorger](#), finanznachrichten.de vom 27.11.2019, abgerufen am 13.10.2022
5. ↑ [Geplante Übernahme von Innogy](#), Pressemitteilung vom 16.01.2020, abgerufen am 13.10.2022
6. ↑ [Unsere Verteilnetze](#), eon.com, abgerufen am 05.03.2023
7. ↑ [Geschäftsbericht 2021](#), archiv.geschaeftsberichte-downlaod.de, abgerufen am 05.03.2023
8. ↑ [Offene Türen für Kohlelobbyisten](#) Kontext vom 04.12.2013, abgerufen am 13.10.2022
9. ↑ [Offene Türen für Kohle-Fans](#) Die Tageszeitung vom 10.09.2014, abgerufen am 13.10.2022
10. ↑ [EU-Lobbyregister, E.ON SE](#), abgerufen am 13.10.2022
11. ↑ [E.ON SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.07.2022
12. ↑ [Die Atomlobby unterwandert Universitäten](#) Frankfurter Rundschau vom 02.11.2011, archiviert bei archive.org, abgerufen am 13.10.2022
13. ↑ [https://www.ewi-future-energy.de/future energy business - researched by EW](https://www.ewi-future-energy.de/future-energy-business-researched-by-EW/), ewi-future-energy.de, abgerufen am 04.03.2023
14. ↑ [Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise](#), bundeskartellamt.de vom 07.03.20023, abgerufen am 24.03.2023
15. ↑ [Energie und Macht](#), Berliner Zeitung vom 03.07.2007, abgerufen am 13.10.2022
16. ↑ ["Die Frage war: ich oder sie?"](#), Deutschlandradio Kultur vom 10.06.2011, abgerufen am 13.10.2022
17. ↑ [Früherer E.on-Mann Hennenhöfer darf nicht als Atomaufseher des Bundes arbeiten](#), Deutsche Umwelthilfe Dezember 2009, abgerufen am 13.10.2022
18. ↑ ["Den Bock zum Gärtner gemacht"](#), Frankfurter Rundschau vom 01.12.2009, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
19. ↑ [Merks Altlast](#), Frankfurter Rundschau vom 12.09.2012, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
20. ↑ [Kritische Beamte stillgelegt](#), Tageszeitung vom 08.03.2015, abgerufen am 14.10.2022
21. ↑ [„Ich bin nicht befangen, aber...“](#), Focus Magazin vom 25.02.2002, abgerufen am 14.10.2022
22. ↑ [Werner Müller bezog als Minister Eon-Rente](#), Berliner zeitung vom 18.01.2005, abgerufen am 14.10.2022
23. ↑ [Overhaus berät die RAG](#), Handelsblatt vom 25.10.2004, abgerufen am 14.08.2015
24. ↑ [Wer lenkt die Lobbyisten?](#), PR Magazin 07/2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
25. ↑ [Die Geheimpapiere der Atomlobby](#) Die Tageszeitung vom 28.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
26. ↑ [Kernenergie: Wie die Atomlobby den Ausstieg vom Ausstieg vorbereiten ließ](#) Spiegel Online vom 29.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
27. ↑ [Der ehrbare Professor](#), Die Tageszeitung vom 28.10.2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
28. ↑ ["Energiepolitischer Appell": BDI verpasst Merkel den Denkwort](#), Spiegel Online vom 20.08.2010, abgerufen am 14.10.2022
29. ↑ [Die Energieriesen wollen die Regierung erpressen](#), Die Welt vom 15.08.10, abgerufen am 14.10.2022

30. ↑ [Atomabkommen verärgert Korruptionswächter](#), Zeit Online vom 10.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
31. ↑ [Revolution mit geheimen Absprachen](#), Zeit Online vom 09.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
32. ↑ [Wichtige Energiestudie: Regierungsgutachter steht Stromkonzernen nahe](#) Spiegel Online vom 27.08.2010, abgerufen am 14.10.2022
33. ↑ [Kanzleramt weiß seit Februar vom Thema Atom-«Bad Bank»](#), Süddeutsche Zeitung vom 21.05.2014, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
34. ↑ [Müller schlägt AKW-Stiftung für Entsorgung vor](#), WirtschaftsWoche vom 30.05.2015, abgerufen am 14.10.2022
35. ↑ [ICSID Case Details](#), zuletzt abgerufen am 14.10.2022
36. ↑ [Warum Eon nun seine Töchter verkauft](#) Handelsblatt vom 28.11.2014, abgerufen am 14.10.2022
37. ↑ [Was ist 3maE?](#), zuletzt abgerufen am 29.07.2022
38. ↑ Ebd.
39. ↑ [Berufseinstieg](#), zuletzt abgerufen am 29.07.2022

Atlantik-Brücke

Die **Atlantik-Brücke** ist ein Verein, dem führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, den Streitkräften, der Wissenschaft, den Medien und der Kultur angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen und Kontakte pflegen. Neben Entscheidungsträgern aus diesen Bereichen, die bei der Atlantik-Brücke einen Rahmen für vertrauliche Gespräche finden, gehören zu dem Verband aber auch Nachwuchsführungskräfte, die auf den „Young Leaders“-Konferenzen Netzwerke schmieden.^[1] Unter den Mitgliedern spielen Spitzenmanager und diesen nahestehende Politiker eine herausragende Rolle. Der Vorsitzende, Bundesminister a.D. [Sigmar Gabriel](#), ist ein mit der Wirtschaftslobby bestens vernetzter ehem. hochrangiger SPD-Politiker. Bis 2019 hielt [Friedrich Merz](#) diese Stelle inne.

Atlantik-Brücke e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	1952
Hauptsitz	Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	atlantik-bruecke.org

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	40
1.1 Netzwerk der Mitglieder	40
1.2 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	40
2 Fallstudien und Kritik	41
3 Organisationsstruktur und Personal	41
3.1 Geschäftsführender Vorstand	41
3.2 Stiftung Atlantik-Brücke	41

3.3 International Advisory Council	44
3.4 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	44
4 Kurzdarstellung und Geschichte	44
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	44
6 Einzelnachweise	45

Einflussnahme und Lobbystrategien

Zu den Aktivitäten der Atlantik-Brücke gehören Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienreisen, Preisverleihungen und das Young-Leaders-Programm.

- Mit der Schwesterorganisation **American Council on Germany** (ACG) führt die Atlantik-Brücke jährlich Deutsch-Amerikanische Konferenzen durch.^[2] Seit 2005 veranstalten die beiden Organisationen jeweils ihre eigenen Young Leaders-Konferenzen.
- Mit Institutionen wie der **Münchner Sicherheitskonferenz** oder der **American Chamber of Commerce in Germany** gibt es strategische Kooperationen.^[3]
- Mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa **U.S. European Command** wird seit 1990 jährlich ein Expertengespräch in Berlin geführt.

Netzwerk der Mitglieder

Die rund **500 Mitglieder** der Atlantik-Brücke kommen überwiegend aus der Wirtschaft. Nach der bei Wikipedia veröffentlichten **Liste von Mitgliedern** waren 2010 über die Hälfte der Mitglieder in der Wirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte der Dax-30-Unternehmen sind Mitglieder^[4] Die nächst größten Berufsgruppen sind die freien Berufe, Politiker*innen und Medienvertreter*innen.

Die Mitgliederzahl ist beschränkt, um die Exklusivität des Vereins zu wahren. Laut § 4 der Satzung wird die Mitgliedschaft durch Wahl durch den Vorstand (sog. Kooptation) erworben.^[5]

Im Mai 2015 entbrannte ein Streit in der **Linkspartei** um die Mitgliedschaft des Bundestagsabgeordneten **Stefan Liebich**. Mitglieder forderten die Rückgabe des Bundestagsmandats aufgrund der Mitgliedschaft Liebichs im Verein, der aus den Reihen der Linkspartei kritisiert wird.^[6]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

2010 gründeten Mitglieder der Atlantik-Brücke den Verein "Atlantik Forum", um das weltweite Netzwerk der 2000 Teilnehmer von Young Leaders-Konferenzen, die sog. Young-Leaders Alumni, besser managen zu können.^[7] In das Netzwerk aufgenommen wird nur, wer zwischen 28 und 35 Jahre alt ist und es beruflich schon zu etwas gebracht hat.^[8] Wer einmal als Young Leader aufgenommen wurde, bleibt es sein Leben lang. Im Juli 2012 wurde der Verein in Global Bridges e.V. umbenannt. In diesem Netzwerk sind nicht nur

Young Leaders-Alumni Mitglieder, sondern auch einflussreiche Persönlichkeiten aus dem transatlantischen Raum sowie Asien (insbesondere China) und Osteuropa. Zu den Alumni gehören u.a. Bundesbankpräsident [Jens Weidmann](#)^[9], der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, [Mathias Döpfner](#)^[10], Bundesinnenminister [Thomas de Maizière](#)^[11], Staatsminister a. D. und Daimler-Lobbyist [Eckart von Klaeden](#)^[12], die CDU-Politikerin [Julia Klöckner](#)^[13] und der Grünen-Politiker [Cem Özdemir](#)^{[14][15][16]} Es ist geplant, Global Bridges nach Indien, Lateinamerika und Südafrika zu erweitern.

Fallstudien und Kritik

- Die Atlantik-Brücke ist ein entschiedener Befürworter des Freihandelsabkommens [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP)^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführender Vorstand

Stiftung Atlantik-Brücke

Es existiert ebenfalls eine Stiftung des gleichen Namens, welche über eigene Gremien verfügt.

Funktion	Name	Verbindungen
Vorsitzender	Sigmar Gabriel	- ehem. Vizekanzler und SPD-Bundesvorsitzender Trilaterale Kommission und European Council on Foreign Relations, Mitglied Deutsche Bank, Aufsichtsrat <i>International Crisis Group</i>, Kuratoriumsmitglied Deloitte, Beiratsmitglied

Ste
llv.
Vor
sitz [Michael Hüther](#)
en
der

Ste
llv.
Vor
sitz [Norbert Röttgen](#)
en
der

Sc
hat
zm
eis [Ute Wolf](#)
teri
n
Ge
sch
äft
sfü [Julia Friedlander](#)
hre
rin

Weitere Vorstandsmitglieder u.a. Angelika Gifford, Meta, Tina Hassel, ARD-Hauptstadtstudio, Metin Hakverdi, MdB (SPD), Wolfgang Ischinger, Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Eveline Metzen, Google, James von Moltke, Deutsche Bank, Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Julie Linn Teigland, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, atlantik-bruecke gremien [\[1\]](#)

- *Eurasia Group*, Politikberater
- Autor für die Holtzbrinck-Medien *Handelsblatt*, *Der Tagesspiegel*, *Die Zeit*

- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Köln, Direktor

- [CDU](#), Mitglied des Bundestages
- ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2009 - 2012)

- Finanzvorstand, Evonik Industries, Essen

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Andreas Dombret	Deutsche Bundesbank, ehem. Mitglied des Vorstands
Stellv. Vorsitzender	Christian Lange	SPD-Politiker, ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
Stellv. Vorsitzende	Christine C. Graeff	Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse Group

Kuratorium der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Jürgen Großmann	Alleingesellschafter der Georgsmarienhütte Holding
Stellv. Vorsitzender	Arend Oetker	- Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) - Konzernchef der Dr. Arend Oetker Holding GmbH
	Roland Berger	- Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) - Honorary Chairman der Roland Berger GmbH
	Jürgen H. Conzelmann	Haus & Grund Frankfurt am Main, CEO
	Jürgen R. Großmann	- ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE - RAG-Stiftung, Vorsitzender des Kuratoriums
	Axel Hörger	Lombard International Assurance S.A., Luxemburg, Vorsitzender des Vorstands
	Hans-Ulrich Klose	- ehem. Bürgermeister von Hamburg (SPD) Atlantische Initiative, Mitglied des Beirats
	Thomas Rodermann	Quintet Private Bank (Muttergesellschaft von Merck Finck), Vorstandsmitglied
	Lutz Raettig	Morgan Stanley , Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Peter Wittig	- ehem. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC - Schaeffler AG, Senior Advisor Global Affairs

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

(Stand: August 2022) Quelle: ^[18]

International Advisory Council

- Ferdinando Becalli-Falco, GE International, Brüssel
- Michael Behrendt, Hapag-Lloyd, Hamburg
- **Roland Berger**, Roland Berger Strategy Consultants, München
- Günter Blobel, Rockefeller University, New York, NY
- John E. Bryson, USA, Edison International, Rosemead, CA
- James L. Jones (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als National Security Advisor)
- Frederick Kempe, Präsident und CEO des **Atlantic Council** of the United States, Washington, DC
- Willem Mesdag, Red Mountain Capital Partners LLC, Los Angeles, CA
- Philip D. Murphy (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als Botschafter der USA in Deutschland)
- **Arend Oetker**, Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin
- Ekkehard D. Schulz, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf
- Rupert Stadler, Audi AG, Ingolstadt
- Ulrich Steger, Professor Emeritus, IMD International, Lausanne, Schweiz
- Ratan N. Tata, Tata Sons Limited, Mumbai
- Werner Wenning, **Bayer** AG, Leverkusen

(Stand: Januar 2013/ ab 2016 waren die Mitglieder auf der eigenen Webseite nicht mehr abrufbar) Quelle: [\[19\]](#)

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

Der Vorstand besteht aus

- Hans Albrecht, Chairman, Geschäftsführer Nordwind Capital
- Beate Lindemann, Executive Vice-Chairman
- **Michael Vassiliadis**, Vice-Chairman, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Stollv. Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung
- Herbert Palmberger, Schatzmeister, Partner von Heuking Kühn Luer Wotjekx

(Stand: April 2020) Quelle: [\[20\]](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 von den beiden Bankiers Eric Warburg und Gotthard von Falkenhausen, den Zeit-Journalisten Marion Gräfin Dönhoff und Ernst Friedländer sowie den Unternehmern Eric Blumenfeld und Hans-Karl von Borries gegründet. [\[21\]](#) Als Schwesterorganisation wurde der **American Council on Germany** (ACG) ins Leben gerufen. Atlantik-Brücke und ACG gründeten 1973 gemeinsam das "Young Leaders-Programm". [\[22\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 18. 04. 2020
2. ↑ [Deutsch-Amerikanische Konferenz 2014, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 14.04.2020
3. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, archiviert auf www.archive.org, abgerufen am 23.04.2020
4. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
5. ↑ [Satzung gemäß Beschluss vom 20.01.2010](#), Webseite Wikipedia, abgerufen am 23.04.2020
6. ↑ [Gysi stellt sich vor Liebich](#), Neues Deutschland, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 23.04.2020
7. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
8. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
9. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
10. ↑ [Mächtige Allianz](#), manager magazin online 21.03.2003, abgerufen am 20.10.2016
11. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
12. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
13. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
14. ↑ [Atlantik-Brücke's Young Leaders Program Some Prominent Young Leaders Alumni](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
15. ↑ [Atlantik Forum e.V. in: Jahresbericht Juni 2010 bis Juni 2011](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
16. ↑ [American-German Young Leaders Conference The 2011 Young Leaders Delegation](#), acgusa.org, abgerufen am 23.04.2020
17. ↑ [Burkhard Schwenker: Warum wir TTIP jetzt brauchen](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
18. ↑ [Gremien der Stiftung Atlantik-Brücke](#) Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 30.08.2022
19. ↑ [Webseite Atlantik-Brücke - International Advisory Council](#) abgerufen am 24.04.2020
20. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
21. ↑ [Jahresbericht 2012](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 20.10.2016
22. ↑ [American-German Young Leaders Conference](#), Webseite American Council on Germany, abgerufen am 10.12.2015

Bruegel

Bruegel (Brussels European and Global Economic Laboratory) ist eine Denkfabrik, die von Großkonzernen sowie von Regierungen und Zentralbanken/staatlichen Finanzinstituten mehrerer EU-Länder getragen wird. Bruegel beschäftigt sich mit der Erarbeitung von Konzepten

Bruegel

Rechtsform AISBL, internationale Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht nach belgischem Recht

Tätigkeitsbereich Denkfabrik und Lobbyorganisation

zur internationalen - insbesondere europäischen - Wirtschaftspolitik. Die Mitwirkung in Bruegel bietet für die beteiligten Konzernvertreter darüber hinaus die Möglichkeit, Regierungsvertreter im Sinne ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für marktmächtige Unternehmen informell zu beeinflussen.

Bruegel**ch****Gründu** 2004**ngsdat****um****Haupts**i Rue de la Charité 33, 1210 Brussels**tz** /Belgien**Lobbyb****üro****Lobbyb****üro EU****Webadr** www.bruegel.org**esse****Inhaltsverzeichnis**

1 Kurzdarstellung und Geschichte	46
2 Organisationsstruktur und Personal	47
2.1 Mitglieder	47
2.2 Direktor	47
2.3 Board/ Verwaltungsrat	48
2.4 Erkki Liikanen (Vorsitzender)	48
2.5 Agnès Bénassy-Quéré	48
2.6 Jörg Kukies	48
2.7 Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council	48
3 Finanzen	49
4 Lobbystrategien und Einfluss	49
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	49
6 Einzelnachweise	49

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Idee, eine Denkfabrik unter Beteiligung von Großkonzernen, Regierungen von EU-Mitgliedstaaten und Institutionen von EU-Mitgliedstaaten (Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) zu gründen, entstand Ende 2002 im Rahmen von privaten Treffen von politischen Entscheidungsträgern und Unternehmensführern. Die Idee wurde dann von den Regierungen Schröder und Chirac aufgegriffen und fand Eingang in die gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages vom 22. Januar 2003, die unter Punkt 30 eine europäische Initiative mit dem Ziel, ein Europäisches Zentrum für Internationale Wirtschaft zu schaffen, vorsieht. Eine Projektgruppe erarbeitete in der Folge mit Unterstützung durch französische und deutsche Ministerien ein Konzept. Im Dezember 2004 wurde von Vertretern von 12 europäischen Regierungen und 17 führenden europäischen Konzernen der erste Verwaltungsrat gewählt und eine Anschubfinanzierung in Höhe von 5 Millionen Euro beschlossen.

Quelle: ^[1]

2012 waren 17 Regierungen von EU-Mitgliedsstaaten, 24 international tätige Konzerne und 6 Institutionen (europäische Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) Mitglieder von Bruegel.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Regierungen:

- Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Polen, Slowakei, Spanien, Niederlande, Schweden, Großbritannien

Unternehmen:

- Zu den 24 Unternehmen gehören u.a.: [Deutsche Bank](#), [Deutsche Telekom](#), [Goldman Sachs](#), [Google](#), [ebay](#), [Microsoft](#), [Morgan Stanley](#), [Shell](#), [Standard & Poor's](#) und die [UBS](#)

Institutionen:

- Banque de France (französische Zentralbank), Groupe Caisse des Depots, Danmarks Nationalbank (dänische Zentralbank), [European Bank for Reconstruction and Development](#) (EBRD, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), European Investment Bank (Europäische Investitionsbank), National Bank of Poland (polnische Zentralbank)

Quelle: ^[2]

Direktor

- Direktor von Bruegel war [Guntram Wolff](#) bis September 2022.^[3] Sein Nachfolger ist Jeromin Zettelmeyer.

Board/ Verwaltungsrat

Erkki

Liikanen

(Vorsitzen

der)

- Juli 2004 bis Juli 2018 Gouverneur der Bank von Finnland.
- 1995 bis 2004 war er EU-Kommissar

Agnès

Bénassy-

Quéré

- Mitglied der Commission Economique de la Nation ,der französischen makroprudenziellen Behörde und des Verwaltungsrats der Banque de France.

José Manuel
González-
Páramo

- Von 1985 bis 1994 war er als Wirtschaftsberater für verschiedene öffentliche und private Institutionen tätig, unter anderem für die Banco de España (1989-1994), die Europäische Kommission, den IWF und die Weltbankgruppe.
- von 2004 bis 2012 Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB)

Jörg Kukies

- seit 2018 als Staatssekretär für Finanzmarkt- und Europapolitik im Bundesministerium der Finanzen
- von 2014 bis 2018 Co-Chief Executive Officer der Goldman Sachs AG und Managing Director der Frankfurter Niederlassung von Goldman Sachs International

Weitere Mitglieder:

Karolina Ekholm, Janis Rachel Lomax, Monika Marcinkowska, Isabelle Mateos y Lago, Simone Mori, Elena Pisonero, Alessandro Rivera

(Stand: November 2022) Quelle: [\[4\]](#)

Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council

Arnoud Boot
(Vorsitzender)

- Co-Direktor des Amsterdam Center for Law & Economics (ACLE)
- Leiter des Amsterdam Center for Corporate Finance (ACCF)

Weitere Mitglieder:

Elena Carletti, Meredith A. Crowley, Monica de Bolle, [Justus Haucap](#)

(Stand: November 2022) Quelle: [\[5\]](#)

Finanzen

Laut [Transparenzregister](#) 2021 lag das Budget bei knapp 5,5 Mio. Euro. Bruegel finanziert sich hauptsächlich über Mitgliedsbeiträge. Unternehmen zahlen einen Jahresbeitrag von 50.000 €. Die Beiträge der Regierungen sind abhängig von der jeweiligen Landesgröße. Nach eigenen Angaben trägt kein Mitglied mehr als 3-5% zum jährlichen Budget bei. Fast ein Viertel des Jahresbudgets (mehr als 800,000€) entfällt auf die Unternehmensbeiträge.

Lobbystrategien und Einfluss

Bruegel gehört zu den einflussreichsten Think Tanks weltweit. Think Tank Watch benennt den Einfluss von Bruegel für das Jahr 2019 folgendermaßen:^[6]

- Platz 1 Top Think Tanks World Wide (Non-US)
- Platz 2 Top Think Tanks in World Wide (US and Non-US)
- Platz 1 Top Think Tanks in Western Europe
- Platz 1 International Economics Policy Think Tanks

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [History and name](#), Website bruegel, abgerufen am 26. Mai 2013
2. ↑ [Webseite Bruegel - Membership](#) abgerufen am 02.11.2022
3. ↑ [Staff Bruegel](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 02.11.2022
4. ↑ [Bruegel board](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 02.11.2022
5. ↑ [Bruegel's Scientific Council](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 02.11.2022
6. ↑ [Think Tank Watch](#), abgerufen am 02.11.2022

Bundesverband Alternative Investments

**Bundesverband Alternative Investments
(BAI)**

[[Bild:<date>|center]]

Rechtsfor eingetragener Verein
m

Tätigkeits Interessenvertretung für Alternative
bereich Investments in Deutschland

Gründung 1977
sdatum

Bundesverband Alternative Investments (BAI)

Hauptsitz Poppelsdorfer Allee 106, 53115
Bonn

Lobbybür

o

Lobbybür <text>

o EU

Webadres www.bvai.de
se

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	50
2 Organisationsstruktur und Personal	51
2.1 Geschäftsführer	51
2.2 Vorstand	51
2.3 Investorenbeirat	51
2.4 Mitglieder	51
2.5 Kooperationspartner	52
3 Finanzen	52
4 Lobbystrategien und Einfluss	52
5 Fallstudien und Kritik	52
6 Weiterführende Informationen	52
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	52
8 Einzelnachweise	52

Kurzdarstellung und Geschichte

Der 1997 gegründete **Bundesverband Alternative Investments** e.V. (BAI) ist die Interessenvertretung für Alternative Investments in Deutschland. Unter Alternative Investments (AI) versteht der BAI die Investition in nicht traditionelle Anlageklassen (außerhalb von Aktien oder Anleihen) oder die Investition in diese Anlageklassen unter Zuhilfenahme nicht traditioneller Strategien. Als Beispiele werden genannt: Hedgefonds, Private Equity (von Privatanlegern beschafftes Beteiligungskapital), Infrastrukturinvestments, Real Estate (Immobilieninvestments) und Commodities (Rohstoffinvestments). Weitere Merkmale von Alternative Investments sind: Überdurchschnittliches Renditepotential, ggf. geringere Liquidität, ggf. geringere Transparenz, Einsatz von Hebeln und Derivaten, Renditen häufig nicht normalverteilt, komplexe Performance- und Risikobemessung.

Der BAI vertritt die Interessen der Branche sowie deutscher Investoren gegenüber Politik und Regulatoren. Er wirkt an zahlreichen Gesetzgebungsvorhaben mit, nimmt an Anhörungen als Sachverständiger teil und hat Kontakt mit den einschlägigen Aufsichtsgremien wie **BaFin**, **Deutsche Bundesbank**, Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (**ESMA**), Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (**EIOPA**) und Internationale Organisation der Wertaufsichtsbehörden (**IOSCO**).

Ein Thema der Lobbyarbeit ist die Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Richtlinie) und deren Implementierung. Der BAI versuchte in diesem Zusammenhang im März 2013 zu verhindern, dass im AIFM-Umsetzungsgesetz Privatanleger aus Hedgefonds ausgesperrt werden, um sie vor Verlusten zu schützen. ^[1]

Die BAI Alternative Investor Conference (AIC) mit rund 350 Teilnehmern findet jährlich im Mai statt.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

Geschäftsführer ist

- Frank Dornseifer
 - Sachverständiger im Finanzausschuss des Bundestags und im Europaparlament
 - ehem. stellv. Referatsleiter bei der BaFin und Repräsentant im Investment Management Committee der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO)

Vorstand

Der Vorstand ist [hier](#) abrufbar. Gründer und erster Vorsitzender ist

- Achim Pütz
 - Rechtsanwalt, Partner bei Dechert LLP
 - langjähriges Ratsmitglied der Alternative Investment Management Association (AIMA)

Investorenbeirat

Über den Investorenbeirat werden Investoren in die Verbandsarbeit einbezogen, auch als Fürsprecher für AI-Themen gegenüber Politik, Aufsicht und Medien

Mitglieder sind:

- Andreas Binder, Abteilungsleiter Alternative Investments, WAVE Management AG
- Stefan Hentschel, Head of Pension Asset Management, Evonik Industries AG
- Dajana Brodman, Abteilungsleiterin Alternative Investments, Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereinigten Buchprüfer im Lande NRW
- Rainer Müller, Senior Manager Asset Management & Capital Markets, Robert Bosch GmbH
- Anselm Wagner, Abteilungsleiter Alternative Investments und Aktien, Bayerische Versorgungskammer

Mitglieder

Die 137 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Kooperationspartner

Kooperationspartner sind u.a.:

- 2n20 (Finanzdienstleister für die Hedgefonds-Industrie)
- AIMF Federation Austria
- **Alternative Investment Management Association** (AIMA) (weltweite Interessenvertretung der Hedgefonds-Industrie)
- Swiss Fund & Asset Management Association (SFAMA)

Finanzen

Finanzierung, Ressourcen, Geldgeber, Kunden

Lobbystrategien und Einfluss

Fallstudien und Kritik

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Abstimmung im Bundestag Fondslobby gegen stärkere Regulierung](#), Wirtschaftswoche vom 11. März 2013, abgerufen am 18. 05. 2015

Bundesverband Investment und Asset Management

Der **Bundesverband Investment und Asset Management e.V.** (BVI) vertritt die Interessen von 117 Fondsgesellschaften und Assetmanagern (Vermögensverwaltern) mit rund 4 Billionen Euro Anlagekapital gegenüber Politik, Aufsichtsbehörden und internationalen Organisationen.^[1]

Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

Rechtsform e.V. (VR 5826)

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Fondswirtschaft

Gründungsdatum 25.03.1970

Fondsgesellschaften sind Unternehmen, die Investmentfonds auflegen und verwalten. Bei der Entstehung und Anwendung neuer rechtlicher Vorgaben vermittelt und berät der BVI als zentraler Ansprechpartner zwischen der Fondswirtschaft und der Politik.^[2] Die Lobbyausgaben lagen 2022 bei ca. 2,4 Mio. Euro.

Finanzlobby



- Finanzlobby A-Z

Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

Hauptsitz Bockenheimer Anlage 15, 60332 Frankfurt/M.

Lobbybüro

Lobbybüro Rue Belliard 15 - 17, 1040 Brüssel
EU

Webadress www.bvi.de
e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	53
1.1 Aktivitäten	53
1.2 Wichtige Studien	54
1.3 Lobbyisten und Lobbyausgaben	54
1.4 Personen	55
1.5 Mitgliedschaften	55
2 Organisationsstruktur und Personal	55
2.1 Geschäftsführung	55
2.2 Beschäftigte	55
2.3 Vorstand	55
2.4 Mitglieder	55
2.5 Ausschüsse	56
3 Fallbeispiele	56
3.1 2022: Provisionsverbot für Finanzprodukte	56
3.2 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer:	57
3.3 2004: Investmentmodernisierungsgesetz	57
4 Lobbyisten in Ministerien	57
5 Weiterführende Informationen	58
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	58
7 Einzelnachweise	58

Lobbystrategie und Einfluss

Aktivitäten

Der BVI hat seine Aktivitäten im [Lobbyregister](#) wie folgt beschrieben: „Wir organisieren die Willensbildung der Branche - gleich, ob die Mitglieder in Wertpapiere oder Sachwerte investieren, aktive oder passive Strategien verfolgen, auf Administration oder Portfoliomanagement spezialisiert sind, institutionelle oder private Anleger ansprechen... Wir begleiten ein Gesetz von der politischen Idee bis zu seiner

Verabschiedung und später in seiner praktischen Anwendung. An sämtlichen politischen und legislativen Stationen eines Gesetzes wirken wir auf dessen praxisgerechte Ausgestaltung hin. Mit Stellungnahmen, Namensbeiträgen, Interviews, Auftritten auf öffentlichen Fachveranstaltungen und Konferenzen flankieren wir unsere Argumentation. Wir unterstützen unsere Mitglieder bei Anwendungs- und Auslegungsfragen, entwickeln Arbeitshilfen und Muster, stellen eine umfassende Gesamtmarktstatistik bereit und fördern die Weiterbildung über hauseigene Seminare, Webinare und Informationsveranstaltungen.“ Der BVI bietet jährlich ca. 60 Veranstaltungen zu aktuellem Themen an.^[3] Das Spektrum reicht von Grundlagen-Seminaren bis zu speziellen technischen Seminaren und Workshops. Die Referenten sind Beschäftigte des BVI sowie Spezialisten aus der Branche und der Verwaltung. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Themen sind: Altersvorsorge, Provisionsberatung, Nachhaltigkeit, Finanzmarktdaten, Infrastruktur, das EU-Projekt [Open Finance](#), Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung und Cybersicherheit sowie Kryptofonds.

Das Brüsseler Büro mit seinen vier Beschäftigten sowie Mitarbeiter:innen aus Deutschland wirken an der Begleitung von Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene mit. Im [EU Transparenzregister](#) hat der BVI angegeben, sich für die folgenden Initiativen/Legislativvorschläge zu interessieren: Markets in Financial Instruments Directive (MiFID II), Markets in Financial Instruments Regulation (MiFIR), Alternative Investment Fund Managers Directive (AIFMD), Undertakings for the Collective Investment of Transferable Securities (UCITS Directive), Packaged Retail and Insurance-based Investment Products (PRIIPs Regulation), Sustainable Finance Regulation Package (Taxonomy, Disclosures, Low-Carbon Benchmarks), Markets in Cryptoassets (MiCA), Digital Operational Resilience (DORA), Distributed Ledger Technology (DLT), Digital Finance, Open Finance (FIDA), Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), European Green Bond Standard (EuGBS), ESG Ratings, Market Data Costs, European Single Access Point (ESAP), European Long-Term Investment Funds (ELTIF), Central Securities Depositories Regulation (CSDR), Insurance Distribution Directive (IDD), Benchmarks (Regulation), Money Market Funds (Regulation), Shareholder Rights Directive (SRD II), Financial Transaction Tax (Directive), Pan-European Personal Pension Product (Regulation), ESA review, Capital Requirements Directive (CRD V), Capital Requirements Regulation (CRR II), Anti Money Laundering (Regulation), European Market Infrastructure Regulation (EMIR), Cross-border Distribution of Funds (CBDF), Investment Firm Regulation/Directive (IFR/D), Market Abuse Regulation, Securitisations (Regulation), Prospectus (Regulation), EMIR Euro-clearing relocation. Es gab 27 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission.^[4]

Wichtige Studien

- 2022: Eine [Studie](#) der Beratungsgesellschaft [KPMG](#) im Auftrag von BVI, [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) und Deutscher Derivateverband (neue Bezeichnung: [Bundesverband für strukturierte Wertpapiere](#)) zu einem geplanten Provisionsverbot der EU-Kommission zeigt die Vorteile der Provisionsberatung^[5]

Lobbyisten und Lobbyausgaben

Im deutschen Lobbyregister gibt der BVI an (Stand: 20.09.2023)

- im Jahr 2022 2.420.001 bis 2.430.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 21 bis 30 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[6]

Auch im europäischen Transparenzregister ist der BVI eingetragen. Dort hat er für das Jahr 2022 zwischen 1.500.000 und 1.749.999 Euro Lobbyausgaben und 23 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,3) angegeben.^[7]

Personen

- Christoph Swoboda, Leiter des Brüsseler Büros
- Kai Schulze, Leiter des Berliner Büros

Mitgliedschaften

Der BIV ist Mitglied folgender Organisationen:

- The International Investment Funds Association (IIFA)
- International Token Standardization Association
- European Fund and Asset Management Association (EFAMA)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Geschäftsführer sind:

- [Thomas Richter](#), Rechtsanwalt, Investmentanalyst
 - Mitglied des Verwaltungsrats der BaFin, Mitglied im Beirat Marktbeobachtung Finanzen des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), Mitglied in der [Fokusgruppe private Altersvorsorge](#)
 - Vorstand des europäischen Fondsverbands EFAMA und des Weltfondsverbands IIFA,
- Rudolf Siebel, Rechtsanwalt, Mitglied im Fachbeirat der BaFin

Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2022 beschäftigte der BVI durchschnittlich 48 Mitarbeiter^[8]

Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsident ist Dirk Degenhardt, Deko Vermögensmanagement

Mitglieder

Vollmitglieder können alle Kapitalverwaltungsgesellschaften sowie deutsche und ausländische Vermögensverwalter und Fondsanbieter mit Bezug zum deutschen Markt werden. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Gemessen am verwalteten Vermögen decken die 117 Mitglieder (Stand: 09/2023) über 95 % des deutschen Fondsmarkts ab.^[9]

Unternehmen, die nicht Vollmitglied werden können, wird eine Informationsmitgliedschaft angeboten. Diese Möglichkeit nutzen zum Beispiel Kreditinstitute, Berater, Kanzleien und IT-Dienstleister. Die Informationsmitglieder sind [hier](#) abrufbar

Ausschüsse

In den neun [Ausschüssen](#) erarbeiten die Vollmitglieder Branchenpositionen zu Fachthemen. Die Teilnehmer werden für zwei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Es gibt die folgenden Ausschüsse: Altersvorsorge, Digitalisierung, Immobilien, Kommunikation, Nachhaltigkeit, Recht, Risikomanagement & Performance, Steuern, Vertrieb.

Fallbeispiele

2022: Provisionsverbot für Finanzprodukte

Die EU-Kommission und die Verbraucherzentralen fordern seit Jahren ein Provisionsverbot für Finanzprodukte, um Fehlanreize in der Finanzberatung zu verhindern. Gefordert wird, dass Berater:innen ausschließlich im Auftrag und Interesse der Verbraucher:innen handeln. Nach Auffassung der Verbraucherzentralen wollen Bankenvertreter und Versicherungsvertreter Verbraucher:innen häufig nur neue Finanzprodukte verkaufen.^[10] Es gehe ihnen eher darum, Provisionen zu kassieren statt bedarfsgerecht zu beraten. Verbände von Banken und Versicherern, die die Provisionen kassieren, lobbyierten wochenlang gegen das geplante Provisionsverbot.^[11] Nach einer Studie von Professor Steffen Sebastian kostet der provisionsbasierte Verkauf die Sparer in Deutschland pro Jahr 98 Milliarden Euro.^[12] Nicht allein wegen der Provisionen, sondern auch, weil sie in schlechtere Produkte investieren, was die Verbände wiederum zurückweisen. Im Jahr 2021 kassierte allein die [Deutsche Vermögensberatung](#) (DAG) über 2,2 Mrd. Euro an Verkaufsprovisionen.^[13]

Der BVI hat gemeinsam mit der [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) sowie dem Deutschen Derivate Verband (neue Bezeichnung: [Bundesverband für strukturierte Wertpapiere](#)) eine Studie bei der Beratungsgesellschaft [KPMG](#) in Auftrag gegeben. Die Studie vom November 2022 kommt zu dem Ergebnis, dass die Provisionsberatung allen Teilen der Bevölkerung einen professionellen Vermögensaufbau und die Teilhabe am Kapitalmarkt sichert.^[14] Vor allem Verbraucher mit geringen und mittleren Anlagebeträgen würden durch die Honorarberatung von der Beratung abgeschnitten, da sie zu teuer wäre, was von den Verbraucherverbänden bestritten wird.^[15]

Nach wochenlangem Lobbyieren von Banken- und Versicherungsverbänden^[16], die sich argumentativ auf die Ergebnisse der Studie stützten, hat die EU-Kommission entgegen ursprünglicher Pläne im Mai 2023 eine Strategie vorgelegt, die nur ein teilweises Provisionsverbot vorsieht.^[17] Beim Vertrieb von Fonds und Lebensversicherungen sollen Provisionen weiterhin möglich bleiben. Auch Bundesfinanzminister Lindner hatte sich in einem Brief an die EU-Kommission gegen ein Provisionsverbot ausgesprochen.^[18] Der BVI kündigte an, sich im weiteren Verfahren gegen das Provisionsverbot im beratungsfreien Vertrieb einzusetzen, ebenso wie gegen übertriebene neue Anforderungen an die Beratung.^[19]

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer:

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[20] Die Finanzlobby stemmte sich gegen dieses Vorhaben.^[21]

Der Bundesverband Investment und Asset Management trat als wichtiger Akteur auf, ein EU-weites Gesetzesvorhaben zu verhindern. Der BVI mahnte, dass besonders Unternehmen der Realwirtschaft, Investor:innen mit Sitz in Deutschland und Bürger*innen, die privat fürs Alter vorsorgen, von der Steuer betroffen wären. Sparer:innen, die ihr Geld in Riester-Fonds zur Altersvorsorge einzahlen, würden mit Steuern von bis zu 14.000 Euro belastet, so der Lobby-Verband.^[22] Allerdings zeigten Berechnungen von Wissenschaftler*innen schon damals, dass Fondsgebühren und Bankprovisionen die Anleger*innen um ein Vielfaches mehr kosteten als die vorgeschlagene Steuer.^[23]

Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Deutsches Aktieninstitut](#), [Bayer](#), [Siemens](#), u. A.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[24]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[25][26][27][28][29]}

2004: Investmentmodernisierungsgesetz

Das Investmentmodernisierungsgesetz ermöglichte den Marktzugang für Hedge Fonds in Deutschland ab dem Jahr 2004, stellte ausländische Fonds mit inländischen steuerlich gleich und schaffte die Besteuerung^[1] des Zwischengewinns ab. Vor dem Wegfall der Besteuerung auf Zwischengewinne, musst der Wertzuwachs bei Fondsanteilen, die über ein Jahr gehalten und zwischen zwei jährlichen Gewinnausschüttungen verkauft wurden, zusätzlich versteuert werden.^[30]

Stefan Seip, damaliger Hauptgeschäftsführer des BVI, bestätigte zwar die Mitarbeit der zeitweise im Bundesfinanzministerium tätigen BVI-Juristin, stritt aber eine konkrete Einflussnahme seines Verbandes auf den Gesetzestext ab.^[31] Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums verteidigte der taz gegenüber dieses Vorgehen und relativierte den Einfluss der Referenten.^[30]

Lobbyisten in Ministerien

Der BVI arbeitete zusammen mit anderen Vertretern der **Kreditwirtschaft** im Finanzministerium am Investmentförderungsgesetz, wie der Report Mainz heraus fand.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum

Januar bis August 2003^[32]

Mitarbeiter

hauseigene Juristin^[33]

Bearbeitete Themen

Mitarbeit am Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Zwischensteuer bei Investmentfonds und Einführung von Privatanlagemöglichkeiten in Hedge Fonds ([Investmentmodernisierungsgesetz](#))^[30]; Mitarbeit in der Abteilung „Nationale und Internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik“

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

- ↑ [Über uns](#), bvi.de, abgerufen am 23.09.2023
- ↑ [Eintrag Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 24.09.2023
- ↑ [Events](#), bvi.de, abgerufen am 24.09.2023
- ↑ [BVI 2022](#), lobbyfacts.de, abgerufen am 24.09.2023
- ↑ [Studie zeigt Vorteile der Provisionsberatung](#), bvi.de, abgerufen am 25.09.2023
- ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 24.09.2023
- ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 24.09.2023
- ↑ [Prüfung des Jahresabschlusses](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.09.2023
- ↑ [Unsere Mitglieder](#), bvi.de, abgerufen am 23.09.2023
- ↑ [Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind](#), verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023
- ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten, 09.12.2022](#), finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
- ↑ [Die Bankenlobby hat gesiegt](#), sueddeutsche.de vom 02.05.2023, abgerufen am 05.06.2023
- ↑ [Allfinanzvertriebe 2022](#), cash.online.de, abgerufen am 05.06.2023
- ↑ [KPMG-Studie: Provisionsverbot würde breite Bevölkerungskreise von Finanzberatung ausschließen](#), die-dk.de vom 17.11.2021
- ↑ [Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind](#), verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023

16. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten](#), 09.12.2022, finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
17. ↑ [EU-Provisionsverbot gescheitert - Verbraucher:innen haben das Nachsehen](#), vzbv.de vom 24.05.2023
18. ↑ [Finanzminister Lindner warnt EU vor Provisionsverbot](#), handelsblatt.de vom 15.01.2023, abgerufen am 05.06.2023
19. ↑ [Verbot der Provisionsberatung kommt vorest nicht](#), bvi.de, abgerufen am 26.09.2023
20. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
21. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
22. ↑ [BVI: Finanztransaktionssteuer belastet Fondssparer](#), fondsprofessionell online vom 12.01.2012, abgerufen am 16.11.2023
23. ↑ [Dr. Carsten Siegel zur Finanztransaktionssteuer](#), steuermythen.de vom 04.10.2016, abgerufen am 16.11.23
24. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
25. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
26. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
27. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
28. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
29. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
30. ↑ ^{30,030,130,2} [Die Nähe zwischen Ministerium und Lobby](#), taz.de vom 16.10.2003, letzter Zugriff 15.09.2011
31. ↑ [Bankenlobby im Hause Eichel: Wie im Finanzministerium Banker an Gesetzen mitschreiben](#), Report Mainz vom 06.10.2003, S. 4. Das Manuskript zum Beitrag kann unter report@swr.de mit Angabe des Titels und Datums angefordert werden
32. ↑ [Adamek, Sascha/ Otto, Kim \(2008\): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben](#). Köln
33. ↑ [Bankenlobby im Hause Eichel: Wie im Finanzministerium Banker an Gesetzen mitschreiben](#), Report Mainz vom 06.10.2003. Das Manuskript zum Beitrag kann unter report@swr.de mit Angabe des Titels und Datums angefordert werden

Eurofi

Die im Jahr 2000 gegründete **Eurofi** ist eine Denkfabrik, die als Lobbyorganisation für große europäische Finanzdienstleister agiert. Sie nimmt insbesondere auf die Regulierung der Finanzmärkte Einfluss. Auf ihrer Webseite bezeichnet sich Eurofi als Plattform für den Austausch zwischen der Finanzdienstleistungsbranche und der EU und internationalen Behörden. Präsident von Eurofi ist **Jacques de Larosière**, der seit Jahren zwischen Finanzlobbygruppen und staatlichen Gremien hin und her wechselt. Die Organisation hat sich nicht in das Transparenz-Register der EU eintragen lassen (Stand: Januar 2015).

Eurofi

**Rechtsfo
rm**

Tätigkeit Denkfabrik und Lobbyorganisation
sbereich großer europäischer
Finanzdienstleister

Gründun 2000

gsdatum

Hauptsit Rue de Miromesnil, 75008 Paris
z

Eurofi**Lobbybüro****ro****Lobbybüro** Rue Charles Martel 54, Brüssel**ro EU****Webadresse** www.eurofi.net**sse****Inhaltsverzeichnis**

1 Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung	60
2 Fallbeispiele und Kritik	60
2.1 Eurofi Financial Forum 2014	60
3 Organisationsstruktur und Personal	61
3.1 Mitglieder	61
3.2 Team	61
4 Finanzen	62
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	62
6 Einzelnachweise	62

Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung

Als Plattformen fungieren:

- Arbeitsgruppen, in denen Eurofi-Mitglieder und Vertreter von Regulierungsbehörden vertreten sind
- das "Eurofi Financial Forum", an dem Wirtschaftsführer und EU- und Nicht-EU-Entscheidungsträger auf dem Gebiet der Regulierung teilnehmen
- Seminare und Workshops, an denen Eurofi-Mitglieder und hochrangige Entscheidungsträger für die Regulierung teilnehmen (das Seminar 2014 ist z. B. mit der griechischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert worden; das Seminar 2011 ist mit der G20-Präsidentschaft organisiert worden, um Regulierungsthemen für die Agenda festzulegen)

Die Veranstaltungen verschaffen den Eurofi-Mitgliedern einen privilegierten Zugang zu wichtigen staatlichen Entscheidungsträgern und Vertretern von Aufsichtsbehörden und schaffen den organisatorischen Rahmen für informelle Netzwerke zwischen der Finanzwirtschaft und EU-Institutionen (Kommission, Parlament, Zentralbank und sonstige Einrichtungen).

Fallbeispiele und Kritik

Eurofi Financial Forum 2014

Am Beispiel des [Eurofi Financial Forum 2014](#) wird deutlich, wie bei den Veranstaltungen der Denkfabrik Gesprächspartner aus dem öffentlichen Bereich und der Finanzwirtschaft aufeinander treffen. Das Eurofi Financial Forum 2014 fand vom 10. - 12. September 2014 in Mailand unter dem Titel "Relaunching growth in the current EU economic and regulatory environment" statt.^[1]

Referenten bei der Arbeitsgruppe "Priorities regarding the regulation of the EU banking sector" (11. September, 8.45 - 10.30 Uhr) waren:^[1]

- **Andreas Dombret**, Vorstandsmitglied **Deutsche Bundesbank**
- Andrea Enria, Vorsitzender **Europäische Bankenaufsichtsbehörde**
- Sylvie Goulard, Mitglied Europäisches Parlaments (Koordinatorin der Fraktion ALDE), Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Währung** (ECON) des Europäischen Parlaments
- Geert-Jan Koopman, Stellv. Generaldirektor für Staatshilfen, Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission
- Sabine Lautenschläger, Direktoriumsmitglied **Europäische Zentralbank** (EZB)
- Etienne Boris, Senior Partner **PricewaterhouseCoopers**
- Martine Doyon, Managing Director, Head of Government Affairs EMEA, **Goldman Sachs** International
- Jordi Gual, Chief Economist und Chief Strategy Officer, "La Caixa" Gruppe
- Douglas FLint, Group Chairman, **HSCB** plc
- Giovanni Sabatini, General Manager, Italian Banking Association
- Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied **Deutscher Sparkassen- und Giroverband**
- Koos Timmermann, Vice-Chairman, ING Gruppe

Sponsoren dieser Veranstaltung waren: Axxa, Bank of America Merrill Lynch, **BNP Parisbas**, Crédit Agricole, **JP Morgan Chase** ("Lead Sponsors"), BlackRock, NNY Mellon, DTCC, **Goldman Sachs**, **HSCB** ("Support Sponsors") und Associazione Bancaria Italiana, Borsa Italiana, Generali, Unicredit ("Regional Partners").^[1]

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder sind viele führende europäische Institutionen aus verschiedenen Bereichen der Finanzindustrie (Banken, Versicherungen, Handel mit Derivaten, Vermögensverwaltung, Dienstleister usw.).

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören z.B.: **Allianz**, **Deutsche Bank**, Sparkassen-Finanzgruppe, **Goldman Sachs**, **KPMG**, **PricewaterhouseCoopers**, **Moody's** Investor Service, NASDAQ, **UBS**

Team

- **Jacques de Larosière** (Präsident)^[2]
 - Präsident des **European Savings Institute** (OEE)
 - Vorsitzender des Strategiausschusses der **Agence France Trésor**
 - Vorsitzender des Beirats der Kapitalbeteiligungsgesellschaft MidEuropa Fund
 - frühere Tätigkeiten: langjähriger Berater der französischen Bank **BNP Parisbas**, Direktor des **IWF**, Präsident der Banque de France, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Vorsitzender der **Expertengruppe** "High Level Expert Group on EU Financial Supervision" (auch Larosière-Gruppe genannt)
- Jean-Jacques Bonnaud (Schatzmeister), ehemaliger Präsident des französischen Versicherungsunternehmens GAN

Koordinierung der Aktivitäten:

- Didier Cahen, Generalsekretär
- Jean-Maire Andrès, Senior Fellow
- Marc Truchet, Senior Fellow

Finanzen

Die Aktivitäten von Eurofi werden über Mitgliedsbeiträge und das Sponsoring von Veranstaltungen finanziert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,11,2} [Programm der Konferenz](#), eurofi.net, abgerufen am 18.09.2015
2. ↑ [Profil auf der Webseite der EU-Kommission](#), abgerufen am 01. 01. 2015

European Parliamentary Financial Services Forum

Das **European Parliamentary Financial Services Forum** (EPFSF) ist eine nicht registrierte [Intergroup](#), die sich aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen Finanzwirtschaft zusammensetzt. Über das von der Finanzwirtschaft betriebene Forum werden Veranstaltungen unter der Schirmherrschaft von EU-Parlamentariern organisiert, auf denen Lobbyisten die Gelegenheit erhalten, Mitgliedern des Parlaments und der EU-Kommission ihre Sicht der Finanzmarktregulierung darzulegen.

European Parliamentary Financial Services Forum



Rechtsform Association sans but lucratif (asbl)

Tätigkeitsbereich Wirtschaft und Finanzen,
Europäischer Binnenmarkt

Gründungsdatum 2000

Hauptsitz Schuman Rond Point 2, 1040
Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.epfsf.org
e

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	63
2 Akteure	63
2.1 Finanzindustrie („Financial Industry Members“)	63
2.2 Mitglieder des Europäischen Parlaments ("Steering Committee")	64
3 Beobachter ("Observer")	64
4 Finanzen	64
5 Beschäftigte	64
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	64
7 Einzelnachweise	64

Aktivitäten

Die von der europäischen Finanzwirtschaft unter Einschaltung des Lobbyisten John Houston^{[1][2]} gegründete und finanzierte Organisation ist eine Plattform für den Meinungsaustausch zwischen Angehörigen europäischer Institutionen und Vertretern der Finanzwirtschaft. Gegen die Zahlung eines Jahresmitgliedbeitrags in Höhe von 8.000 Euro oder eines Beitrags von 200 Euro pro Veranstaltung erhalten die Vertreter der Wirtschaft im Rahmen eineinhalbstündiger Veranstaltungen Zugang zu EU-Parlamentariern, die mit finanzwirtschaftlichen Themen befasst sind.

Bei den Veranstaltungen, die in den Räumen des Europäischen Parlaments stattfinden, handelt es sich um "lunch events", "breakfast events", Fortbildungen für die Assistenten von EU-Parlamentariern und Sonderveranstaltungen. Teilnehmer sind neben EU-Parlamentariern auch Gastredner der Finanzwirtschaft und Vertreter der EU-Kommission. Dies verschafft den Lobbyisten der Mitgliedsunternehmen und -verbände privilegierte Informations- und Einflussmöglichkeiten im Hinblick auf die Regulierung der Finanzmärkte. Auch erhält ihre Tätigkeit über die Einbindung von EU-Abgeordneten einen offiziellen Anstrich. Ein Beispiel für eine Veranstaltung ist die Virtual Winter Conference 2021 „Shaping the Future Europe“ mit folgenden Rednern: Mairead McGuinness, European Commissioner for Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union, Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Steuerungsgruppe des EPFSF, Joao Nuno Mendez, Secretary of State of Finance, Portuguese Presidency.^[3]

Akteure

Die Rechte und Pflichten der Akteure sind in der [Satzung](#) festgelegt.

Finanzindustrie („Financial Industry Members“)

Bei den [Mitgliedern](#) handelt es sich um Unternehmen und Verbände der europäischen Finanzwirtschaft sowie [Deloitte](#) und [PricewaterhouseCoopers](#). Sie entrichten einen Jahresbeitrag von 8.000 Euro (2021). Vorsitzender ist Wim Mijs, European Banking Federation (EBF), Stellv. Vorsitzender ist Rainer Riess, Federation of European Securities Exchanges (FESE).^[4] Die Mitglieder wählen das "Financial Industry Committee", das Vorschläge für das Veranstaltungsprogramm macht, Referenten einlädt, Entwürfe für die „Briefing Papers“ erarbeitet und die Höhe der Mitgliedsbeiträge festlegt.^[5] Weiterhin wählen sie das „Administrative Committee“, das sich um die Verwaltung kümmert.

Mitglieder des Europäischen Parlaments ("Steering Committee")

Die sich beteiligenden 20 Mitglieder des Europäischen Parlaments wählten die 14 [Mitglieder](#) der Steuerungsgruppe („Steering Committee“) für den Zeitraum 2019 - 2024. Die Steuerung bezieht sich auf die Rolle des Forums und das Veranstaltungsprogramm. Vorsitzender ist Othmar Karas (Österreich/EPP). Deutsche Mitglieder sind: Stefan Berger (CDU/EPP), [Markus Ferber](#) (CSU/EPP) und [Andreas Schwab](#) (CDU/EPP).

Beobachter ("Observer")

Nach eigenen Angaben soll die Einladung von fünf Verbraucherschutzorganisationen eine transparente und ausgewogene Diskussion ermöglichen. Eingeladen werden: The European Consumers' Organisation (BEUC), The European Federation of Financial Services Users (Better Finance), Finance Watch, Financial Services User Group (FSUG) The European Association for Craft, Small and Medium-sized Enterprises (UEAPME).

Finanzen

Das Gesamtbudget des EPFSF betrug für das Geschäftsjahr 2019 ca. 194 Tsd. Euro. Der ganz überwiegende Teil wurde durch Mitgliedsbeiträge à 8.000 pro Person finanziert. Darüber hinaus wurden 2.000 Euro über Zinsen und 800 Euro über Teilnahmegebühren von Nicht-Mitgliedern erwirtschaftet.^[6]

Beschäftigte

2023 beschäftigte das Forum 4 Personen (3,5 Vollzeitäquivalent).^[7]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Lobbying under the radar](#) Corporate Europe Observatory, 24. Mai 2011, zuletzt abgerufen am 15.7.2016
2. ↑ [Speaker Biographies, The 10th Annual European Financial Services Conference](#), Webseite abgerufen am 05. 01. 2014
3. ↑ [Past events](#), epfsf.org, abgerufen am 13.04.2021
4. ↑ [Frequently Asked Questions](#), epfsf.org, abgerufen am 08.04.2021
5. ↑ [Financial Industry Members](#), epfsf.org, abgerufen vom 12.04.2021
6. ↑ [EU Transparenzregister](#), abgerufen am 13.04.2021
7. ↑ [EU Transparenzregister](#), abgerufen am 03.02.2023

BP Europa

Die BP Europa SE ist die Europäische Aktiengesellschaft des BP-Konzerns, die am 30. April 2010 durch die Verschmelzung der BP Landesgesellschaften in Belgien, den Niederlanden, Österreich und Polen mit der Deutschen BP AG gegründet wurde.^[1] Die Muttergesellschaft des international tätigen Energiekonzerns ist die BP p.l.c. mit Sitz in London. 2021 erwirtschaftete der Konzern, der 65.900 Personen beschäftigt, einen Umsatz in Höhe von ca. 158 Mrd. U.S. Dollar.^[2] Im gleichen Jahr erzielte BP in Deutschland einen Umsatz von 29 Mrd. Euro mit 9.414 Beschäftigten.^[3]

BP Europa SE

Rechtsform Europäische Aktiengesellschaft bzw. p.l.c. (Konzernmutter)
Tätigkeitsbereich Energie mit Schwerpunkt Mineralöl
Gründungsdatum 1917
Hauptsitz London
Lobbybüro BP Europa SE, Pariser Platz 3, 10117 Berlin
Lobbybüro EU BP plc, Archimedes Building 11 Rond Point R. Schuman 1040 Brüssel
Webadresse bp.com bzw. bp.com/de
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten in Deutschland	65
2 Lobbystrategien und Einfluss	66
2.1 Angaben in den Lobbyregistern	66
2.2 Greenwashing & Image Wandel	67
3 Fallbeispiele und Kritik	67
3.1 Riskante Suche nach Öl und Gas	67
3.2 Consumer Energy Alliance	67
3.3 Deep Water Horizon	67
3.4 Studie zu Bürgerprotesten	68
3.5 BP auf der COP 27 in Ägypten	68
3.6 Weiterführende Informationen	69
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	69
5 Einzelnachweise	69

Aktivitäten in Deutschland

Die BP Europa SE hat ihren Sitz in Hamburg, Überseeallee 1, die Hauptverwaltung für Deutschland befindet sich in Bochum. Vorstandsvorsitzender von BP Europa ist Wolfgang Langhoff. Als Cheflobbyist in Berlin (Director External Affairs in Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg) betätigt sich Enno Harks.

BP betreibt in Deutschland zwei Raffinerien und stellt Kraftstoffe, Heizöl und Schmierstoffe her, die an Großhändler, Zwischenhändler und über Tankstellen an Endkunden verkauft werden, sowie Grundstoffe für die chemische Industrie. Die Marken sind BP, Aral und Castrol. Mit rund 2.400 Tankstellen ist Aral die Nr. 1 im deutschen Markt. Unter der Marke "Aral pulse" ist BP zunehmend in der Elektromobilität tätig und zählt mit Ultraschnell-Ladesäulen zu den führenden Anbietern in diesem Segment. Der Geschäftsbereich Air bp umfasst den Vertrieb von Turbinenkraftstoff (Jet A1) und Kolbenmotor-Flugbenzin an Flughäfen. In Hamburg plant BP, ein eigenes Offshore-Windbüro zu eröffnen, um den Eintritt in den deutschen Markt für Windenergie vorzubereiten.

Quellen: ^[4]^[5]

Lobbystrategien und Einfluss

Angaben in den Lobbyregistern

Im EU Transparenzregister gibt BP p.l.c. an (Stand: 23.06.2022), im Jahr 2021 zwischen 2.250.000 und 2.499.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 12 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 5,7) zu beschäftigen.

^[6] Im deutschen Lobbyregister gibt BP Europa an (Stand: 01.12.2022), im Jahr 2021 zwischen 940.001 bis 950.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 21 bis 30 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[7]

Laut deutschem Lobbyregister Ist BP Europa Mitglied in den folgenden Organisationen (Auswahl):

- [American Chamber of Commerce in Germany](#)
- Deutsch-Aserbaidschanisches Forum
- Deutsches Verkehrsforum
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- en2x - Wirtschaftsverband Fuels und Energie
- EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler
- Förderkreis der Deutschen Energie
- Forum für Zukunftsenergien
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Grüner Wirtschaftsdialog
- Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- Verband der Schmierstoffindustrie
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Collegium](#)
- Power to X Alliance
- [Gaskoalition](#)
- Aireg - Aviation Initiative for Renewable Energy in Aviation
- Allianz Wasserstoffmotoren
- Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur
- KlimaDiskurs.NRW
- H2GlobsalStiftung
- Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore
- AquaVentus Förderverein

Greenwashing & Image Wandel

Ab 2000 begann der Imagewandel von BP ^[8]. Der Konzern beauftragt die amerikanische PR-Firma Ogilvy & Mather für ein neues Image bei BP zu sorgen. Die PR-Firma veränderte den Name von „British Petroleum“ in „beyond petroleum“, was mit „weit mehr als Erdöl“ übersetzt werden kann. Außerdem wurde das Logo des Energie Konzerns verändert. Eine gelb-grüne-weiße Sonne soll das Umweltengagement und den Vorrang erneuerbarer Energien widerspiegeln.

Auch in Deutschland möchte BP als „grünes Unternehmen“ wahrgenommen werden. Um diese neue Außendarstellung zu stärken, bewarb BP mit mehreren Anzeigen und Kampagnen das neue Image. Außerdem wurde der Schulwettbewerb Klima&Co beworben, bei dem das Thema Energiereduzierung lautete.

Fallbeispiele und Kritik

Riskante Suche nach Öl und Gas

BP suchte immer riskanter nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen. Für diese Suche benötigte BP die Zustimmung der Politik. Im Jahr 2009 waren die Lobbyausgaben von Erdöl- und Erdgasindustrie so hoch wie nie zuvor. Die Branche – darunter BP – gab im Jahr 2009 175 Millionen US-Dollar für Lobbying aus.

Consumer Energy Alliance

Im Jahr 2010 gelangte eine Powerpoint-Präsentation eines Treffen der US-amerikanischen Gasindustrie an die Öffentlichkeit ^[9]. Diese stellte Lobbystrategien der Ölindustrien vor. So sollte mit einer Fünf-Jahres Kampagne lokale Gruppe als Unterstützer für Offshore-Bohrungen gewonnen werden. Explizit als Zielgruppe genannt wurden: Veteranenverbände, Verbraucher, Redaktion, Wissenschaftler, und Think Tanks. Dieser Vortrag wurde von der Front Group „Consumer Energy Alliance“, die von BP unterstützt wird, gehalten. Dies war eine gezielte BP-Kampagne, die um die Unterstützung für riskante Offshore-Bohrungen werben sollte.

Deep Water Horizon

Die immer riskantere Suche nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen birgt die Gefahr von Unfällen. Bei Offshore-Bohrungen explodierte im April 2010 die Ölplattform „Deepwater Horizon“ ^[10]. Eine Folge dieser Explosion war die Ölkatastrophe am Golf von Mexiko. Um Schaden von BP abzuwenden, versuchte das Unternehmen den Ausmaß des Unfalls zu vertuschen. So wurden während und nach der Ölkatastrophe Journalisten von BP an der Berichterstattung vor Ort gestört, z.b. wurden Fotojournalisten daran gehindert, über den Golf von Mexiko zu fliegen, um das Ausmaß der Katastrophe zu dokumentieren ^[11]. Nach der Katastrophe floss erneut viel Geld in PR-Maßnahmen: Im Jahr 2010 gab BP allein von April bis Ende Juli jede Woche fünf Millionen US-Dollar aus ^[12], um das Image nach der Öl-Katastrophe wieder herzustellen.

2015 haben sich BP und die USA zu einer Entschädigungszahlung von insgesamt 18,7 Milliarden US-Dollar geeinigt. Zu zahlen sind die 18.7 Milliarden Dollar, innerhalb den nächsten 18 Jahren. Insgesamt zahlte der britische Öl-Konzern mehr als 43 Milliarden Dollar seit 2010 für die Folgen und Beseitigungen der Katastrophe. Der Einigung ging ein 5 Jähriger Rechtsstreit voraus in dem BP die Schuld an der Katastrophe zunächst von sich wies. So beschuldigte BP, den Subunternehmer Transocean, da diese die geplatzten Rohre geliefert sowie eingebaut hatten. Das US-Justizministerium sieht die Schuld allerdings eindeutig bei BP. Das Ministerium erklärt das BP eindeutig vorsätzlich und fahrlässig gehandelt habe.^[13]

Studie zu Bürgerprotesten

Im Januar 2013 gab BP beim Göttinger Institut für Demokratieforschung eine Studie zur Untersuchung von Bürgerprotesten in Deutschland in Auftrag. Nach Angaben des Energiekonzerns sollte diese dazu beitragen, die Dialogfähigkeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu erhöhen. Das konzerninterne Ziel der Studie aber war es, herauszufinden, welche Einstellungen Aktivisten gegenüber Unternehmen haben und mit welchen Strategien es dem Konzern gelingen kann, größerer Akzeptanz für umstrittene Projekte zu schaffen. Somit steht die Studie im Kontext einer breiten Diskussion innerhalb der Szene der Lobbyisten und Kommunikationsberater.^[14]

Zwar betonte das Göttinger Institut, im Vertrag mit BP sei jeglicher Einfluss auf Methodik, Projektdesign oder die Interpretation der Ergebnisse ausgeschlossen worden. Dennoch gab es während des Verlaufs der Studie indirekten Kontakt mit BP über den Dienstleister kmw outrage management. Die Beratungsfirma bietet Unternehmen an, sie bei Kommunikationskrisen und dem Umgang mit öffentlichen Protesten zu unterstützen. Dazu gehört auch die Begleitung von Untersuchungen im Auftrag von Industriekunden. So wirbt kmw outrage management auf ihrer Website explizit mit der BP-Studie. Zudem haben zwei der drei Partner früher bei dem Energiekonzern gearbeitet.^[15]

Des Weiteren ist problematisch, dass die Rolle von BP gegenüber den Befragten nicht von Anfang an offen gelegt wurde. Denn zwischen ihnen und dem Geldgeber herrschen zumindest teilweise Interessenkonflikte. Die Studienteilnehmer waren erst am Ende der Gespräche über die Finanzierung durch BP und das Erkenntnisinteresse des Ölkonzerns aufgeklärt worden und hatten somit keine Möglichkeit, eine Teilnahme aus diesen Gründen abzulehnen.

Mittlerweile hat das Göttinger Institut für Demokratieforschung eine weitere Studie im Auftrag von BP veröffentlicht. Diese ist eine Fortsetzung der Analyse gesellschaftlicher Akteure. Befragt wurden diesmal neben Gesellschaftern und Vorstände auch Geschäftsführer und Unternehmer zu deren Werten, Selbstwahrnehmung und ihren Blick auf Gesellschaft und Politik. Laut Auftraggeber BP sowie dem Göttinger Forschungsinstitut soll die neue Untersuchung einen Beitrag dazu leisten, „vorherrschende Einschätzungen über Unternehmer zu überprüfen, zu ergänzen und möglicherweise auch zu korrigieren.“^[16]

BP auf der COP 27 in Ägypten

Die 27. UN Climate Change Conference fand vom 6.-18. Nov. 2022 in Sharm El-Sheikh, Ägypten, statt. In diesem Jahr waren 636 Lobbyisten von Öl-, Gas- und Kohlekonzernen akkreditiert, laut [Global Witness](#) 100 mehr als im vergangenen Jahr.^[17]

Besondere Einblicke konnte sich Bernhard Looney, CEO von BP, verschaffen: Er war Mitglied der offiziellen Delegation von Mauretanien und hatte damit erweiterte Zutrittsrechte in die Konferenzbereiche für Regierungsdelegationen. Darüber hinaus waren noch vier weitere BP-Mitarbeiter:innen Teil des mauretanischen Teams.^[18] Parallel wurde eine Vereinbarung zwischen BP und der mauretanischen Regierung über die Produktion von grünem Wasserstoff getroffen.

Weiterführende Informationen

Machtspielchen - Der Podcast von LobbyControl zum Thema "Mineralölkonzerne: Fette Profite und die Übergewinnsteuer" vom 16.03.2023^[1]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- [↑] [Wer wir sind](#), bp.com/de, abgerufen am 09.12.2022
- [↑] [Umsatz des Bp-Konzerns in den Jahren 2003 bis 2021](#), statista.com, abgerufen am 10.12.2022
- [↑] [Zahlen & Daten](#), bpr.com/de, abgerufen am 09.12.2022
- [↑] [BP Europa SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.12.2022
- [↑] [Aufwind für erneuerbare energien](#), bp.com/de vom 26.12.2022, abgerufen am 09.12.2022
- [↑] [BP p.l.c.](#), ec.europa.eu, abgerufen am 10.12.2022
- [↑] [BP Europa](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.12.2022
- [↑] [Greenwash von BP Klarsicht dank Ölteppich](#), taz.de vom 24. 5. 2010, abgerufen am 01.06.2015
- [↑] [Souercewatch: Consumer Energy Alliance](#) abgerufen am 01.06.2015
- [↑] [Ölpest: Warum explodierte die "Deepwater Horizon"? vom 6. Mai 2010](#), abgerufen am 01.06.2015
- [↑] [Ölpest im Golf: BP-Zensoren verschleiern die Umweltkatastrophe](#) vom 12.06.2010, abgerufen am 01.06.2015
- [↑] [Dirty Money: Big Oil and corporate polluters spent over \\$500 million to kill climate bill, push offshore drilling](#) vom 27.11.2010
- [↑] [<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/einigung-mit-us-justizministerium-die-strafe-sichert-der-golfregion-konstante-einkommen/12004658-2.html/>] Einigung mit US-Justizministerium BP zahlt höchste Strafe der Wirtschaftsgeschichte] vom 02.07.2015, abgerufen am 03.07.2015
- [↑] [LobbyControl: BP lässt Bürgerproteste Untersuchen - was steckt dahinter?](#), abgerufen am 17.11.2016
- [↑] [kmw outrage management](#), abgerufen am 17.11.2016
- [↑] [Zweite BP Gesellschaftsstudie](#), abgerufen am 17.11.2016
- [↑] [636 fossil fuel lobbyists granted access to COP27](#) Global Witness 10. Nov. 2022, abgerufen am 8.12.2022
- [↑] [COP27: BP chief listed as delegate for Mauritania](#) BBC vom 10. Nov. 2022, abgerufen am 8. Dez. 2022